



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



Europa und Außenwirtschaft

EU-Strukturfonds in Deutschland

www.bmwi.de

Text und Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Druck

Silber Druck oHG

Bildnachweis

Gabriele Abu-Dayeh – Fotolia (Titelfoto), MHG Fahrzeugbau GmbH (S. 10), BerlinSolar GmbH (S. 13), Müller's Hausmachereurst GmbH & Co. KG (S. 22), target GmbH (S. 23), Benito Barajas (S. 24), Lutz Kampert (S. 25), PRE GmbH (S. 26, 27), Science Park Saar GmbH Saarbrücken (S. 28), AZ/Petra Zieler (S. 32, 33), Fraunhofer EMB (S. 34), www.autobahn17.de (S. 39, 40), www.colorbox.de (S. 42)

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin
www.bmw.de

Stand

Juli 2008



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie eGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

Europa und Außenwirtschaft

EU-Strukturfonds in Deutschland

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| I. Die EU-Kohäsionspolitik im Überblick | 4 |
| II. Der Einsatz der EU-Strukturfonds in den Bundesländern: Ausgewählte Projekte | 9 |
| Baden-Württemberg | 10 |
| Bayern | 12 |
| Berlin | 13 |
| Brandenburg | 14 |
| Bremen | 16 |
| Hamburg | 18 |
| Hessen | 19 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 20 |
| Niedersachsen | 22 |
| Nordrhein-Westfalen | 24 |
| Rheinland-Pfalz | 26 |
| Saarland | 28 |
| Sachsen | 30 |
| Sachsen-Anhalt | 32 |
| Schleswig-Holstein | 34 |
| Thüringen | 36 |
| III. Bundesprogramme | 38 |
| EFRE-Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur | 39 |
| ESF-Bundesprogramm | 41 |
| IV. Territoriale Zusammenarbeit | 43 |

I. Die EU-Kohäsionspolitik im Überblick

Die Europäische Struktur- oder Kohäsionspolitik ist ein sehr konkreter Politikbereich: Menschen wird dabei geholfen, Arbeit zu finden und in ihrem Land, ihrer Region, ihrem Stadtviertel oder ihrem Dorf ein besseres Leben zu führen. Dazu werden beispielsweise wichtige Forschungsvorhaben unterstützt und die Investitionstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ebenso gefördert wie Verkehrsprojekte, das Lebenslange Lernen oder die Integration von benachteiligten Menschen in den Arbeitsmarkt.

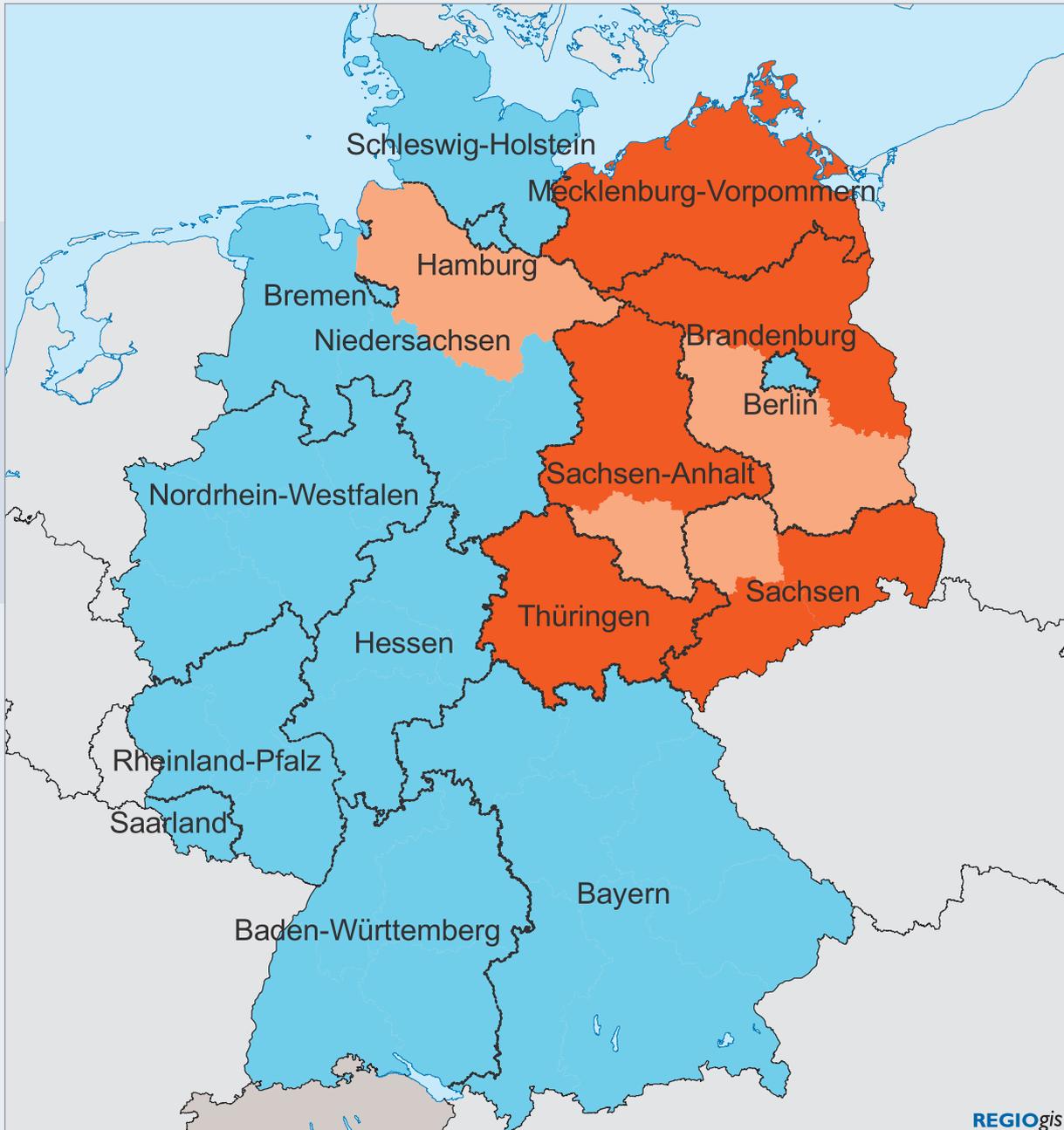
Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist – mit in etwa einem Drittel des EU-Budgets – einer der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union. Diese seit 1986 im Vertrag verankerte Gemeinschaftspolitik dient der Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft und zielt insbesondere darauf ab, wirtschaftlich schwächeren Regionen zu helfen, Standortnachteile abzubauen und Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu halten. Darüber hinaus geht es darum, das Bildungsniveau der Arbeitnehmer zu verbessern und die Anpassung der Unternehmen an den strukturellen Wandel zu erleichtern.

Gleichzeitig tragen die EU-Strukturfonds mit Beginn der neuen Strukturperiode 2007 in allen Regionen deutlicher als bisher zur Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa bei. Im Hinblick auf das Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum im globalen Vergleich auszubauen („Lissabon-Strategie“), hat der Europäische Rat im Dezember 2005 die Ziele der Kohäsionspolitik 2007–2013 neu definiert. Mit Hilfe der EU-Kohäsionspolitik sollen zukünftig mehr Arbeitsplätze und mehr Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Außerdem wurde diese Gemeinschaftspolitik in größerem Umfang als bisher strategisch ausgerichtet mithilfe neuer Instrumente, wie den Nationalen Strategischen Rahmenplänen und den strategischen Kohäsionsleitlinien. Bei den Kohäsionsleitlinien handelt es sich um ein Dokument der EU-Kommission, das für die Ausgestaltung der EU-Strukturförderung inhaltliche Vorgaben macht. In den Nationalen Strategischen Rahmenplänen wird die jeweilige Strategie eines Mitgliedstaates vorgestellt, mit der die Strukturfondsgelder möglichst effizient und gewinnbringend in den Regionen eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus nehmen diese Dokumente die Vorgaben der Kohäsionsleitlinien auf und stellen damit sicher, dass die EU-Strukturförderprogramme in ganz Europa einem einheitlichen Grundmuster folgen.

In den laufenden deutschen Strukturfondsprogrammen stehen die Förderung von Innovationen, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Ausbau der Infrastruktur und Verbesserungen des Arbeitsmarktes im Vordergrund.

Die Aufgaben der EU-Kohäsionspolitik werden je nach Region zu unterschiedlichen Förderbedingungen umgesetzt, den so genannten „Zielen“:

- ▶ Das Ziel „**Konvergenz**“ bezieht sich auf die Entwicklung und die Strukturanpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand. So wird in den wirtschaftlich schwächsten Regionen der Gemeinschaft (BIP/Kopf unter 75 Prozent des EU-25-Durchschnitts) die Förderung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt. Die Konvergenzregionen in Deutschland werden im Programmplanungszeitraum 2007–2013 mit **rund 16,1 Mrd. Euro** gefördert. Die EU-Förderung eines Projektes kann dabei bis zu 75 Prozent betragen.
- ▶ Im Ziel „**Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**“ sind alle übrigen Gebiete förderfähig. Die zur Verfügung stehenden Mittel, in Deutschland **rund 9,4 Mrd. Euro** im Zeitraum 2007–2013, dienen zur Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche, Anpassungen an den Globalisierungsprozess und dem Übergang zu einer wissensbasierten Gesellschaft. In diesem Ziel können die Strukturfonds bis zu 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben eines Projektes finanzieren.
- ▶ Im Ziel „**Europäische territoriale Zusammenarbeit**“ wird die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit gefördert, um gemeinsame Lösungen für Probleme, etwa bei der Entwicklung von Städten, ländlichen Gebieten und Küstenregionen zu finden sowie die wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere durch die Förderung der Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen, auszubauen. Dafür werden den förderfähigen Regionen in Deutschland **851 Mio. Euro** an Fördergeldern bereitgestellt.



REGIOgis

Deutschland Strukturfonds 2007-2013: Förderfähige Regionen im Ziel „Konvergenz“ und im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Strukturfonds 2007-2013

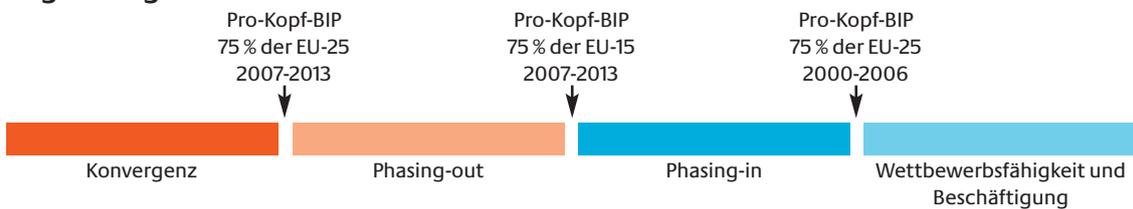
- Konvergenzregionen
- Phasing-out-Regionen
- Phasing-in-Regionen
- Wettbewerbs- und Beschäftigungsregionen

NUTS Regionale Grenzen



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

Abgrenzungskriterien:



Die wichtigsten Instrumente für die Durchführung der Kohäsionspolitik der Europäischen Union sind in der Förderperiode 2007–2013 die beiden EU-Strukturfonds: **EFRE** – Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung und **ESF** – Europäischer Sozialfonds. Hinzu kommt für die Konvergenzregionen der Kohäsionsfonds, der allerdings nur in Ländern mit einem Wohlstandsniveau unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts greift und daher für Deutschland nicht relevant ist.

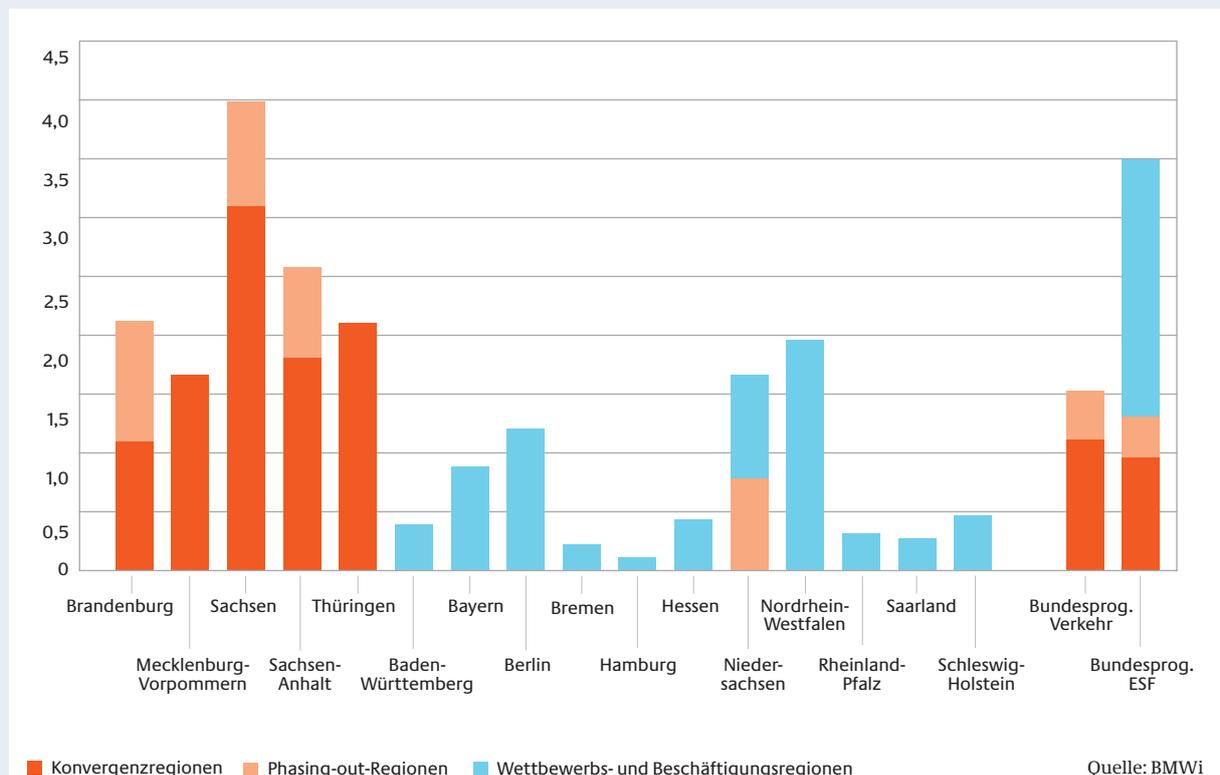
Mit dem EFRE werden Programme in den Bereichen regionale Entwicklung, wirtschaftlicher Wandel und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit gefördert. Finanzierungsschwerpunkte sind u.a. Forschung, Innovation, Umweltschutz und Unterstützung privater und öffentlicher Investitionen wie Infrastrukturinvestitionen, um zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte in der Union beizutragen.

Der ESF stellt – ergänzend zur nationalen Bildungs- und Beschäftigungspolitik – Mittel bereit, um Wege aus der Arbeitslosigkeit, neue Formen der Aus- und Weiterbildung und Maßnahmen für Menschen zu fördern, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Die Strukturfonds funktionieren nach dem Prinzip der **Kofinanzierung**, d.h., es müssen stets auch öffentliche Mittel des Mitgliedstaates zur Umsetzung der Projekte beigesteuert werden. Bei der Durchführung der Strukturfondsprogramme kommt dem Prinzip der Partnerschaft, insbesondere mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, eine wichtige Rolle zu.

Die Programmplanung und Verwaltung der finanziellen Mittel erfolgt in Deutschland weitgehend durch die Bundesländer. Insgesamt werden 36 sogenannte Operationelle Programme aufgelegt, die der

Verteilung der EU-Strukturmittel in Deutschland 2007–2013 auf die Regionen „Konvergenz“, „Phasing Out“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (in Mrd. Euro)



*In Niedersachsen hat nur die Region Lüneburg den Status einer „Phasing-Out“-Region, alle anderen niedersächsischen Regionen sind im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ förderfähig.

Umsetzung der Strukturpolitik vor Ort dienen. Es handelt sich hierbei um Planungsdokumente, die auf dem Nationalen Strategischen Rahmenplan beruhen und mit der dort festgelegten Strategie in Übereinstimmung stehen. Die Länder erarbeiten jeweils ein EFRE- und ein ESF-Programm (Niedersachsen zusätzlich je eines für die Region Lüneburg). Hinzu kommen ein EFRE-Bundesprogramm Verkehr, das sich als Sektorprogramm mit großen Infrastrukturprojekten in den Konvergenz-Gebieten befasst sowie ein zielübergreifendes ESF-Bundesprogramm. Die Operationellen Programme werden von den Mitgliedstaaten bei der Europäischen Kommission eingereicht und von dieser genehmigt.

Nähere Informationen zu der EU-Kohäsionspolitik finden Sie unter <http://www.bmwi.bund.de>, Europa → EU-Strukturpolitik und <http://ec.europa.eu/inforegio>.

Koordinierung der EU-Kohäsionspolitik in Deutschland

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

EA3 – Koordinierung EU-Kohäsions- und Strukturpolitik/

Transeuropäische Netze

Karin Scheffel

Scharnhorststraße 34–37

11015 Berlin

E-Mail: buero-ea3@bmwi.bund.de

<http://www.bmwi.de>



II. Der Einsatz der EU-Strukturfonds in den Bundesländern: Ausgewählte Projekte

Baden-Württemberg



Blick in den Neubau der MHG Fahrzeugbau GmbH

Im Jahr 2000 wurde deutlich, dass Investitionen in moderne Produktionsanlagen zur Perfektionierung der Umformtechnik für Einzelstücke und Kleinstmengen notwendig waren, um eine Gefährdung des Unternehmens im internationalen Wettbewerb zu vermeiden. Aufgrund des hohen wirtschaftlichen Risikos bei zeitweise unsicheren Konjunkturaussichten wären diese allein durch das Unternehmen nur schwer realisierbar gewesen, daher wurde aus dem Ziel-2-Programm der EU und des Landes Fördermittel bereitgestellt.

Dadurch konnte der Bau eines Produktions- und Bürogebäudes realisiert sowie das Unternehmen bei der Anschaffung modernster Entwicklungs- und Produktionsanlagen unterstützt werden. Mit einem Fördervolumen von rund 231.000 Euro der EU und des Landes bei Gesamtinvestitionen von 2,56 Mio. Euro für ein neues Produktions- und Bürogebäude sowie eine moderne Hydropresse konnten so neue Arbeitsplätze geschaffen sowie zahlreiche hoch qualifizierte Arbeitsplätze im Ostalbkreis erhalten werden. Bis 2006 konnten durch weitere Maschineninvestitionen von insgesamt 729.000 Euro und einer Unterstützung von rund 49.000 Euro aus dem Ziel-2-Programm weitere Investitionen ermöglicht werden. Auch dank dieser Förderungen ist das Unternehmen somit gut im internationalen Wettbewerb aufgestellt.

EFRE: Neuer Raum für Innovationen

Baden-Württemberg ist ein klassisches Land des Mittelstands. Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige stellen rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze im Land und sind wichtige Motoren für Wachstum und Fortschritt. Im Zuge von Modernisierungen und Erweiterungen, die den Erhalt der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichern, stoßen diese jedoch nicht selten an die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

Ein typisches Beispiel hierfür ist die MHG Fahrzeugtechnik GmbH in Heubach, Ostalbkreis. Das innovative und hochmoderne Unternehmen entwickelt und produziert motorperiphere Komponenten für führende Automobilhersteller wie z. B. Abgasanlagen oder Rohrkrümmer für Hochleistungstriebwerke. Seine Abgassysteme sind in der Formel 1 weltweit mit großem Erfolg im Einsatz. Zur Entwicklung individueller und spezieller Lösungen für den Prototypenbau stehen aktuelle CAD/CAM-Systeme und ein hochmoderner Maschinenpark mit Hydropressen, Umformungs- und Laserschneideanlagen bereit.

Verwaltungsbehörde EFRE in Baden-Württemberg

Dr. Wolfgang Pöter
Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
Baden-Württemberg
Referat 45
Kernerplatz 10
70182 Stuttgart
wolfgang.poeter@mlr.bwl.de
www.rwb-efre.baden-wuerttemberg.de





In der Molkerei am Käsekessel

ESF: Agrigent – Langzeitarbeitslose auf dem Öko-Bauernhof für das Berufsleben qualifizieren

Auf dem Waldeckhof in Göppingen bekommen Langzeitarbeitslose und Jugendliche mit multiplen Vermittlungshemmnissen eine neue Chance. Globalziel dieses ESF-Modellprojektes ist eine gelungene Arbeits- und Beschäftigungsförderung mit Integration im ökologischen und sozialen Kontext der Region.

Für die Arbeitslosen werden auf dem Ökohof sinnvolle und qualifizierende Arbeitsgelegenheiten in verschiedenen Bereichen geschaffen. Dazu zählen Tierversorgung, Anbau von Obst, Gemüse und Futtermitteln, Hausmeistertätigkeiten, Umgang mit Maschinen und deren Wartung, Produktverarbeitung sowie Beratung und Verkauf. Es werden fachspezifische Kenntnisse vermittelt, und die Arbeitslosen lernen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Außerdem finden inner- und außerbetriebliche Qualifizierungen statt, bei denen den Projektteilnehmenden so genannte „soft skills“ vermittelt werden.

Das zentrale Landesprojekt Agrigent wurde seit Anfang 2005 mit rund 1,2 Mio. Euro aus Mitteln des ESF gefördert. Das Projekt ist Teil eines Verbunds mehrerer Projekte, die von der Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH (SAB) auf dem Waldeckhof und in der Umgebung durchgeführt werden. Ein Gutachten der Universität Siegen bescheinigte der SAB eine hohe Zielerreichung und Professionalität für die untersuchten 48 aufgestellten Ziele. Das Projekt wurde bis Ende September 2008 verlängert.

Verwaltungsbehörde ESF in Baden-Württemberg

Monika Burkhard
Ministerium für Arbeit und Soziales
Referat 43
Schellingstraße 15
70174 Stuttgart
burkhard@sm.bwl.de
www.esf-bw.de



Im Stall auf dem Waldeckhof: Menschen übernehmen Verantwortung für Tiere

Bayern



EFRE: Risikokapitalfonds für KMU

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat Ende 2007 in Kooperation mit den Beteiligungsgesellschaften BayBG (München) und S-Refit (Regensburg) zwei so genannte EFRE-Risikokapitalfonds aufgelegt. Damit sollen bis zum Jahr 2015 insgesamt 30 Mio. Euro für Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Bayern bereitgestellt werden, wobei diese Summe je zur Hälfte aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und aus Eigenmitteln von BayBG (10 Mio. Euro) und S-Refit (5 Mio. Euro) aufgebracht wird.

Die Fonds haben zum Ziel, das Angebot an Beteiligungskapital zu verbessern und damit – über eine Steigerung der Eigenkapitalbasis – die Innovationskraft bayerischer KMU zu stärken. Im Fokus des Projekts stehen KMU in strukturschwachen Regionen sowie innovative KMU. Je Zielunternehmen können bis zu 1,5 Mio. Euro investiert werden. Unternehmen im Raum München und Umgebung sind ausgeschlossen.

Der Freistaat Bayern setzt mit den EFRE-Risikokapitalfonds einen neuen Akzent im Bereich alternativer Finanzierungsinstrumente: Sämtliche Erträge fließen in die Fonds zurück und stehen damit wieder für neue Beteiligungen zur Verfügung („revolvierender Fonds“). Im Idealfall wird so ein Investitionsvolumen generiert, das um ein Vielfaches über den zunächst bereitgestellten 30 Mio. Euro liegt. Mit diesem Modell wird Bayern außerdem einer Forderung der EU-Kommission gerecht, wonach durch Einsatz geeigneter Instrumente die Hebelwirkung öffentlicher Mittel auf private Investitionen verstärkt werden soll. Geplant ist, im Zuge eines Anschlusskonzeptes die Fondsmittel auch über 2015 hinaus weiterhin für Investitionen in KMU im Sinne der Vertragsvereinbarungen zu verwenden.

Mit diesem Modell wird zudem eine breite Diversifizierung der EFRE-Mittel gewährleistet. Die BayBG ist ein im Innovationsbereich erfahrener Partner aus dem südbayerischen Raum; die S-Refit wird sich, u. a. aufgrund ihrer zentralen Lage in Ostbayern, vor allem auf Investitionen in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern konzentrieren.

Verwaltungsbehörde EFRE in Bayern

Dr. Hans-Peter Kraußner
 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
 Verkehr und Technologie
 Referat III/1
 Prinzregentenstraße 28
 80538 München
hans-peter.krausser@stmwivt.bayern.de
<http://www.stmwivt.bayern.de/EFRE>



Berlin

EFRE: Hightech aus Berlin: Technologieentwicklung für Solarzellen

Die BerlinSolar GmbH, gegründet im Sommer 2006 als Tochterunternehmen einer amerikanischen Firma, leistet einen Beitrag zum Durchbruch der Solar-energie, indem sie umweltfreundliches und zugleich kostengünstiges Roh-Silizium zur Produktion von effizienten Solarzellen nutzbar macht. Derartiges Roh-Silizium (UMG-Silizium) wird im Vergleich zu konventionellem, hochreinem Material unter reduziertem Energieaufwand hergestellt. Durch die materialspezifische Technologie verbessert sich die Ener-



Anlage für thermische Behandlung von Wafern

giebilanz bei der Herstellung von Solarzellen erheblich. Kooperationspartner der Berlin Solar GmbH sind führende Produzenten von UMG-Silizium, kreative Produzenten von Anlagen auf den vom Unternehmen bearbeiteten Technologieebenen sowie Forschungsinstitute in Europa und in den USA.

Gegenwärtig verfügt das Unternehmen über zwei Labormodule für Entwicklungsarbeiten an Solarwafern und Solarzellen, demnächst soll eine zusätzliche Halle für das Betreiben von Kristallisationsanlagen hinzukommen. Basierte die ursprüngliche Geschäftsidee auf der exklusiven Lizenz eines Patentbesitzers der University of California/Berkeley, erfolgten inzwischen sieben weitere Patentanmeldungen; eine weitere ist derzeit in Vorbereitung.



Ihre Zukunft sieht die Berlin Solar GmbH in der weiteren Umsetzung des entwickelten technologischen Gesamtkonzeptes in Fabriken im Berliner Raum und in Kalifornien, die alle Technologieebenen umfassen soll. Geplant ist zunächst der Bau einer Fabrik für Ingots/Wafer in Berlin und der Bau einer Solarzellenfabrik in Kalifornien.

Das Unternehmen beschäftigt derzeit 23 zumeist hoch qualifizierte Personen aus sieben Nationen. Die Ansiedlung des Unternehmens WISTA Technologiepark Berlin-Adlershof mit hervorragender wissenschaftlich-technischer Infrastruktur wurde ursprünglich mit amerikanischem Venture-Kapital finanziert. Das Projekt Technologieentwicklung für Solarmaterialien wird mit etwa 1,2 Mio. Euro vom Land Berlin gefördert, wobei etwa 0,6 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stammen.

Verwaltungsbehörde EFRE in Berlin

Christiane Sternberg
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen
Referat III G – Europäische Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin
Christiane.Sternberg@senwtf.berlin.de
www.berlin.de/strukturfonds



Anlage zur Abscheidung von Antireflexionsschichten

Brandenburg



Der Neubau des GO:IN – ein neuer Standort für Innovation

EFRE: Innovations- und Gründerzentrum GO:IN

GO:IN – das ist das wissenschaftsorientierte Innovations- und Gründerzentrum in Potsdam, welches am 27. März 2007 eröffnet wurde. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität und zu Forschungseinrichtungen wie den Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten können sich seitdem Existenzgründer, junge und technologieorientierte Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen aus Forschungseinrichtungen zu günstigen Konditionen niederlassen. Je nach Zahl und Art der Firmen sind insgesamt bis zu 100 Arbeitsplätze im GO:IN möglich.

In der Landeshauptstadt Potsdam ist in den zurückliegenden Jahren am Standort Golm mit rund 1.500 Beschäftigten im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich sowie über 6.000 Studierenden der größte brandenburgische Wissenschaftspark entstanden. Ausgehend von den Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten sowie dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich der Universität Potsdam haben sich die Grundlagenforschung der Bio- und Materialwissenschaften und auch die angewandte Forschung etabliert. Bereits frühzeitig kam aus den damals ansässigen Instituten und Forschungseinrichtungen die Anregung, das aus ihrer eigenen Tätigkeit heraus erwachsende Gründungspotenzial am Standort zu nutzen, um eine nachhaltige Standortentwicklung zu ermöglichen.

Dabei lag es auch im besonderen Interesse des Landes, Existenzgründungen, die aus diesen Einrichtungen hervorgegangen sind, am Standort Golm zu halten. Dank des Einsatzes von Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von rund sechs Mio. Euro, ergänzt durch Landes- und Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) konnte ein Innovations- und Gründerzentrum errichtet werden.

EU, Land, Bund und private Forschungsunternehmen investierten in den Standort, die Infrastruktur wurde unter Einsatz öffentlicher Mittel ausgebaut. Heute haben sich bereits 17 Unternehmen mit rund 80 Beschäftigten im GO:IN angesiedelt. Die Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsparks Golm ist damit ein gelungenes Beispiel für die funktionierende Vernetzung von Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung. Die Unternehmen und Institute im Wissenschaftspark Golm leisten neben der Produktion neuen Wissens auch einen direkten Beitrag zur Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region.
www.goin-potsdam.de
www.wissenschaftspark-golm.de

Verwaltungsbehörde EFRE in Brandenburg

Vera Viehrig
 Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg
 Referat 16
 Heinrich-Mann-Allee 107
 14473 Potsdam
vera.viehrig@mw.brandenburg.de
www.efre.brandenburg.de



ESF: Young Companies

Der Nordosten Brandenburgs ist eine ländliche Region, die jungen Leuten auf den ersten Blick wenig attraktive Zukunftsaussichten nach der Ausbildung bietet. Viele suchen deshalb ihre Chance anderswo oder sind arbeitslos. Um dies zu ändern, wurde 2005 die Gründerwerkstatt „Young Companies“ von der Wirtschaftsfördergesellschaft STIC des Landkreises Märkisch-Oderland aufgebaut. Das Programm setzt

darauf, dass unter den hoch motivierten und gut ausgebildeten jungen Menschen Gründerpersönlichkeiten zu finden sind. Sie werden ermutigt, den Weg in die Selbständigkeit zu gehen und mit einem speziellen Trainingsprogramm für die Gründung eines eigenen Unternehmens fit gemacht. In Gründerwerkstätten entwickeln sie während eines Zeitraums von drei bis vier Monaten gemeinsam aus ihrer Geschäftsidee ein marktfähiges Konzept, lernen wichtige kaufmännische Grundlagen und bauen ihre Akquisitions- und Netzwerkfähigkeiten aus. Die jungen Menschen werden dabei von erfahrenen Unternehmern, Trainern und Coaches unterstützt und beraten, die ihnen als Mentoren auch nach der Gründungsphase noch zur Seite stehen. Während des Gründungsprozesses können sie die Ressourcen (Büros, Technik) der Gründerwerkstätten in Strausberg, Eberswalde und Frankfurt/Oder kostenlos nutzen. Bei Fremdfinanzierungsbedarf gewähren die regionalen Sparkassen unbürokratisch Mikrokredite bis zu 5.000 Euro.



Theresa König mit ihrer Geschäftsidee Ethnokeramik

Das Projekt läuft vorerst bis 2009. Es wird mit insgesamt 1,3 Mio. Euro aus Mitteln des ESF und des Landes Brandenburg gefördert, ergänzt durch weitere Unterstützung durch Sponsoren und ehrenamtlich Tätige. Von den bisher 323 Teilnehmer/-innen haben bisher 191 die Gründung geschafft, unter ihnen ein Drittel junge Frauen. Langfristig will sich „Young Companies“ weiter mit den anderen Gründerwerk-



Valentin Kätzl mit dem Ganelli Fahrradrahmenbau

stätten, insbesondere „Garage Lausitz“ und „Enterprise“ in Brandenburg vernetzen, das neue Gründungsklima ausbauen und damit der Abwanderung aus der Region entgegenwirken.

„Young Companies“ wurde im bundesweit ausgetragenen Innovationswettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ als „Ausgewählter Ort 2008“ ausgezeichnet. Hervorgehoben wurde der spezifische Ansatz der Existenzgründungsförderung im strukturschwachen Raum, um mit einem speziell auf junge Menschen zugeschnittenen Trainingsprogramm Kreativität und Leistung im Land zu halten.

Verwaltungsbehörde ESF in Brandenburg

Dr. Ulrich Hoffmann
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Ulrich.hoffmann@masgf.brandenburg.de
www.esf.brandenburg.de



Bremen



EFRE: Familienzentrum Mobile

Das Quartier „Hinter den Ellern“ im Bremer Ortsteil Hemelingen ist seit der Bebauung in den 1960er Jahren ein sozialer Brennpunkt. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei über 50 Prozent. Soziale Einrichtungen in diesem Ortsteil leisten neben unmittelbarer unterstützender Hilfe präventive, integrative und zuweilen auch deeskalierende Arbeit; sie waren jedoch bis vor einigen Jahren in engen, nicht behindertengerechten Räumlichkeiten untergebracht und zudem über den Stadtteil verteilt.

schiedene soziale Dienste, Qualifizierungsangebote und Freizeitmöglichkeiten:

Das Stadtteilcafé der „Fraueninitiative Quirl e. V.“ bietet günstiges und gesundes Essen für Bewohner des Quartiers. Neben den Spielkreisen können Eltern von Babys und Kleinkindern in einer Frühberatungsstelle vielfältige Informationen erhalten und Hilfe erfahren, ergänzt durch zahlreiche Betreuungsangebote. Mit der Nachbarschaftsbörse werden Selbsthilfeaktivitäten der Bewohner unterstützt. Ältere Menschen erhalten so eine soziale Einbindung über



Gemeinsames Arbeiten



Mittagstisch

Als Beitrag zur Verbesserung des sozialen Miteinanders, von Wohnqualität und Infrastruktur wurde das Familienzentrum Mobile 2005 fertiggestellt. Die Kosten des Neubaus beliefen sich auf insgesamt knapp zwei Mio. Euro, wovon rund die Hälfte aus EFRE-Mitteln finanziert wurde. Weitere Fördermittel stammen aus Bundesmitteln („Soziale Stadt“) und Bremer Mittel aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, der Stiftung Wohnliche Stadt sowie Mitteln des Ortsteilbeirates. Die Kommune und soziale Träger finanzieren den laufenden Betrieb mit circa 40.000 Euro pro Jahr, die Stadt Bremen trägt die Personalkosten.

Durch das von Beginn an gute und erfolgreiche Zusammenwirken von Bewohnern und Akteuren vor Ort hat sich das Projekt schnell zu einem zentralen Ort im Quartier entwickelt. Die Menschen sind stolz auf ihr Mobile und engagieren sich in vielen Bereichen ehrenamtlich. Auf 760 m² bietet es heute ver-

den Pflegebereich hinaus. Bildungsangebote ergänzen das umfangreiche Spektrum des Hauses. Der angrenzende Spielplatz bietet Spielflächen sowie Sitz- und Grünflächen.

Das Familienzentrum Mobile hat erheblich zur Verbesserung des Wohnumfeldes beigetragen, wobei sich die enge Verzahnung des Projekts mit den Bewohnern des Stadtteils sehr ausgezahlt hat: Nicht nur, dass sich hier Menschen für ihren Stadtteil in Bürgerinitiativen engagieren, sondern über die Beschäftigungsmaßnahmen werden zum einen viele Menschen aus dem Quartier wieder in ein regelmäßiges Arbeitsleben integriert – und gleichzeitig bringen die dort geleisteten Arbeiten das Quartier voran. Das große Engagement aller Beteiligten wurde mit dem bundesweit ausgeschriebenen Preis „Soziale Stadt 2006“ honoriert.

**Verwaltungsbehörde EFRE in Bremen**

Thomas Schwender
 Der Senator für Wirtschaft und Häfen
 der Freien Hansestadt Bremen
 Referat 23
 Zweite Schlachtpforte 3
 28195 Bremen
 thomas.schwender@wuh.bremen.de
 www.efre-bremen.de

ESF: proKiTa – Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive in Kindertageseinrichtungen



Im Mai 2004 wurde die Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive „proKiTa“ gestartet. Bei dieser Initiative geht es darum, sozialpädagogische Fachkräfte aus den Kindertageseinrichtungen zu qualifizieren und zusätzliche Fachkräfte für die Arbeit in den Kitas zu gewinnen. Mit der neu erworbenen Qualifikation sind sie zudem wichtige Multiplikatoren in den Einrichtungen. Gleichzeitig stellt das Programm proKiTa ein Angebot für arbeitslose Fachkräfte dar, in den Beruf zurückzukehren sowie ein Angebot an langzeit-arbeitslose Menschen, über eine entsprechende Ausbildung einen Berufseinstieg zu finden. Von den Gesamtkosten in Höhe von rund 10,8 Mio. Euro sind rund 4,4 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert worden, ergänzt durch weitere öffentliche und private Mittel.

Programmteile der proKiTa-Initiative

1. Zweijährige Ausbildung von Langzeitarbeitslosen zum/zur Kinderpfleger/-in, Sozialassistent/-in und Erzieher/-in
2. Fachpädagogische Zusatzqualifikationen für erwerbslose sozialpädagogische Fachkräfte über neun Monate
3. Berufsbegleitende Lehrgänge zum Erwerb fachpädagogischer Zusatzqualifikationen über ein Jahr
4. Berufsbegleitende Ausbildung zum/zur Erzieher/-in und für Mitarbeiter/-innen aus den Kindertageseinrichtungen über zwei Jahre

Nach Abschluss der Ausbildung bzw. Qualifizierung im Rahmen von proKiTa werden mindestens 70 Prozent der Absolventen bei den teilnehmenden Trägereinrichtungen als zusätzliche Fachkräfte zunächst befristet angestellt. Die dadurch entstehenden Kosten werden von der zuständigen Behörde im Senat übernommen, so dass proKiTa die Bremer Kindertageseinrichtungen effektiv verstärkt. Bisher konnten rund 600 Teilnehmer qualifiziert werden; insgesamt 242 vormals arbeitslose Fachkräfte wurden in die Kindertageseinrichtungen der Träger vermittelt. Die Kindertageseinrichtungen konnten durch die zusätzlichen Fachkräfte in ihren Häusern auf das neue fachliche Know-how zurückgreifen und erlangten durch den Einsatz der Fachkräfte erstmals die Möglichkeit, fehlende Vertretungsstunden zu kompensieren.

Verwaltungsbehörde ESF in Bremen

Hildegard Jansen
 Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen
 Referat 24
 Contrescarpe 72
 28195 Bremen
 hildegard.jansen@arbeit.bremen.de
 www.esf-bremen.de



Hamburg



Karostar Musikhaus in Hamburg

EFRE: Musikwirtschaft: Karostar Musikhaus St. Pauli

Das Karostar Musikhaus St. Pauli ist eine Branchen-Immobilie für junge Unternehmen und Gründer aus der Hamburger Musikwirtschaft. Für eine Investitionssumme von rund 5,6 Millionen Euro wurde das Musikhaus von der steg Hamburg mbH gebaut und im Januar 2006 eröffnet.

Das Projekt soll den Wandel der Hamburger Musikwirtschaft hin zu kleineren flexibleren Unternehmen sowie den Musikstandort St. Pauli unterstützen und wurde mit je einer Million Euro durch die Europäische Union (EFRE-Programm) sowie durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit gefördert. Das Gebäude bietet auf 2.500 Quadratmetern Nutzfläche für 33 Büros zwischen 15 und 90 Quadratmetern sowie drei Tonstudios und vier Läden. Zwischen dem Karostar und der Alten Rinderschlachthalle ist ein in Hamburg einzigartiger Holzplatz mit Tribüne entstanden, auf dem u. a. jeden Samstag ein Flohmarkt Hunderte von Besuchern anzieht. Der benachteiligte Stadtteil hat sich in diesem Zeitraum zum beliebten Wohnviertel und Trendquartier in Sachen Mode, Medien und Musik entwickelt. So hat das Projekt auch zur Qualitätsverbesserung des Wohnviertels beigetragen. Mit Karostar ist es beispielhaft gelungen, der Krise der Musikwirtschaft in Hamburg – unter anderem durch den Wegzug eines großen Branchenunternehmens – zu trotzen, indem gezielt 40 junge,

kleine Unternehmen und Existenzgründer mit rund 110 Arbeitsplätzen aus der Musikbranche in einer Gründerimmobilie zusammengeführt wurden. Das Projekt hat den Mut bewiesen, eine enge Zielgruppe in den Mittelpunkt der Anstrengungen zu stellen und so wichtige Impulse zur Entwicklung der Kreativwirtschaft in Hamburg gegeben.

2007 gehörte der Karostar offiziell zu den von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichneten „365 Orten im Land der Ideen“. Im März 2008 zeichnete der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e.V. zudem Karostar im Best-Practice-Wettbewerb „ERFOLG“ für Wirtschaftsförderungen aus.



Karostar Musikhaus in Hamburg

Verwaltungsbehörde EFRE in Hamburg

Annegret Struck
Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien
und Hansestadt Hamburg
Amt für Wirtschaft, Luftverkehr und Schifffahrt
Referat EFRE-Programme (Projekte WF4)
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg
annegret.struck@bwa.hamburg.de
<http://fhh.hamburg.de>



Hessen



Das Mathematikum in Gießen

EFRE: Mitmach-Museum Mathematikum

Das Mathematikum in Gießen ist das erste mathematische Mitmach-Museum der Welt. Über 120 Exponate öffnen eine neue Tür zur Mathematik. Besucher jeden Alters und jeder Vorbildung experimentieren: Sie legen Puzzles, bauen Brücken, zerbrechen sich den Kopf bei Knobelspielen, entdecken an sich selbst den goldenen Schnitt, schauen einem Kugelwettrennen zu, stehen in einer Riesenseifenhaut und vieles mehr.

Seit seiner Eröffnung im Jahr 2002 ist das Mathematikum zu einem Besuchermagnet geworden, der jährlich über 150.000 Besucher anzieht. Von Besuchen von Schulklassen über Geburtstagsfeiern und Betriebsausflüge bis zum idealen Ort für einen Familienausflug beweist das täglich geöffnete Mathematikum seine Attraktion. Dazu trägt auch der hervorragende Standort bei: Das Mathematikum liegt nur eine Minute vom Hauptbahnhof entfernt.

Die Realisierung des Mitmach-Museums wurde maßgeblich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert: Dieser trug mit rund 1,4 Mio. Euro in den Jahren 2001/2002 bei einem Gesamtvolumen der Ausgaben von rund 3,8 Mio. Euro zur Finanzierung bei.



Das Mathematikum wurde mit dem Deutschen IQ-Preis 2004 ausgezeichnet. Dieser Preis wird jährlich von Mensa in Deutschland e.V. verliehen, um intelligente Ideen aus Wissenschaft und Alltag zu ehren. Außerdem ist das Mathematikum Preisträger des Hessischen Kulturpreises 2008.



Mathematik zum Anfassen

Verwaltungsbehörde EFRE in Hessen

Dr. Reinhard Cuny
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr
und Landesentwicklung
Referat I 7
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden
reinhard.cuny@hmvwl.hessen.de
<http://www.efre-hessen.de>



Mecklenburg-Vorpommern



EFRE: Neue Technologie zur Messung toxischer Stoffe

Eine Vielzahl chemischer Stoffe kann zur Gefahr für Menschen werden oder technische Prozesse stören. Insbesondere nach den Ereignissen in den letzten Jahren ist der Bedarf nach Messsystemen, die Sprengstoffe detektieren können, gestiegen. Dabei ist zu



GDA2 – Gas Detektor Array für die schnelle Identifikation von chemischen Substanzen und Kampfstoffen

berücksichtigen, dass technisch und militärisch eingesetzte Sprengstoffe sich häufig von selbst hergestellten – und bei terroristischen Anschlägen verwendeten – unterscheiden.

Die AIRSENSE Analytics GmbH stellt tragbare Messgeräte her, die bereits geringste Konzentrationen von Chemikalien oder Kampfstoffen in der Luft detektieren und davor warnen. Das Unternehmen hat Messsysteme entwickelt, die eine Vielzahl von Sprengstoffen und zusätzlich toxische Chemikalien feststellen können. Basis der Systeme ist ein so genanntes Hybrid-Sensorarray. So wurde ein Gerät entwickelt, das im Gegensatz zu Einzeldetektoren eine große Bandbreite von flüchtigen toxischen Gefahrstoffen und Kampfstoffen detektieren und identifizieren kann. Für die Entwicklung dieser Technologie waren neben Grundlagenforschungen auch Modifikationen an verfügbaren Detektoren notwendig. Oberste Priorität bei der Entwicklung galt der Sicherheit der Anwender. Mit diesem Messgerät arbeiten Betriebs- und Werksfeuerwehren, aber auch Polizei und Militär in Deutschland, Italien, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Tschechien.

Ein Problem stellen Gefahrenstoffe dar, die einen unterschiedlichen Dampfdruck aufweisen, wie zum Beispiel einige Sprengstoffe. In diesem Bereich ist die bestehende Technologie noch weiter zu entwickeln. Das Ziel ist es letztlich, die Analyse einer Vielzahl toxischer Chemikalien einschließlich leicht- und schwerflüchtiger Sprengstoffe mit einem neuen Gerät zu ermöglichen. Die gefundene Lösung ermöglicht nun die Analyse einer Vielzahl toxischer Chemikalien und Sprengstoffe. Bei einem Projektvolumen von insgesamt rund einer Million Euro für die Entwicklung des Sensorarraysystems wurde gut die Hälfte über die Technologieförderung finanziert, davon flossen rund 300.000 Euro an finanzieller Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) in das Projekt.

Die durch das Projekt entwickelte Lösung ist für viele Einsatzkräfte der öffentlichen Sicherheit von besonderer Bedeutung, weil es ein breites Spektrum unterschiedlicher Gefahrenstoffe abdecken kann. Nach endgültiger Fertigstellung des Geräts ist eine erfolgreiche Platzierung am Markt sichergestellt.



GDA2 im Einsatz bei der Berufsfeuerwehr Schwerin

ESF: Weiterbildung zum/zur Berufspädagogen/-in IHK

Für Berufsausbilder gibt es in Deutschland kein eigenes Berufsbild. Wachsende Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung sowie erhöhte pädagogische Anforderungen verlangen jedoch immer dringlicher, dass Personen, die in der beruflichen Aus- und Weiterbildung tätig sind, auf diese komplexe Aufgabe systematisch und umfassend vorbereitet werden.

Daher wird das Schweriner Ausbildungszentrum e. V., welches an vier Standorten in Mecklenburg-Vorpommern die Weiterbildung koordiniert, mit einem Zuschuss von rund 500.000 Euro gefördert. Im Projektzeitraum werden in zwei Durchgängen rund 110 Personen den Abschluss „Berufspädagogen/-innen IHK“ erlangen.

Die berufsbegleitende Weiterbildung zum/zur „Berufspädagogen/-in IHK“, die umfassend und praxisnah auf alle Themen eingeht, mit denen Aus- und Weiterbildner heute zu tun haben, ist modular aufgebaut. Die Abschlussprüfung nach erfolgreicher Belegung der fünf Module wird von der zuständigen Industrie- und Handelskammer abgenommen. Mit einer vertieften pädagogisch-praktischen Kompetenz können die „Berufspädagogen/-innen IHK“ anspruchsvolle Maßnahmen der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung selbständig und professionell konzipieren, planen, durchführen und überprüfen. Das neue Berufsbild erschließt ihnen systematisch vielfältige koordinierende, begleitende, beratende und steuernde Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung und befähigt damit zu verantwortlicher Übernahme von Team- und Bereichsleitungen, von Aufgaben im Bildungsservice, in der Koordination von Ausbildungsverbänden bzw. dezentralen Aus- bzw. Weiterbildungen oder in der Aus- und Weiterbildungsberatung.

Der neue Beruf kann auch Leitungspositionen und Managementaufgaben in Aus- bzw. Weiterbildungsabteilungen eröffnen. Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben sich bei Unternehmen, bei überbetrieblichen Bildungszentren, großen Bildungsträgern, betrieblichen Ausbildungsverbänden, Bildungszentralen von Verbänden bzw. kooperativen oder privaten Dienstleistern im Bildungsbereich. Als neue Perspektive zeichnet sich auch eine Tätigkeit als selbständiger Ausbilder oder Berater ab. Somit trägt das neue Berufsbild dazu bei, qualifiziertes Personal für die Aus- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen und damit zur regionalen Entwicklung beizutragen.

Verwaltungsbehörde EFRE und ESF in Mecklenburg-Vorpommern

Michael Mattner
Gemeinsame Verwaltungsbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung 3 (GVB)
Schlossstraße 2–4
19053 Schwerin
michael.mattner@stk.mv-regierung.de
<http://www.europa-mv.de>



Berufspädagoge bei der praktischen Unterweisung von Auszubildenden

Niedersachsen



Nachfolge in bewährter Tradition: Sitz von Müller's Hausmacherwurst

EFRE: Erfolgreiche Betriebsübernahme: Müller's Hausmacher Wurst GmbH & Co. KG

Nicht nur die Ansiedlung neuer Unternehmen, auch die Fortführung bestehender Firmen ist teilweise nur möglich, wenn eine finanzielle Unterstützung, gerade in strukturschwachen Regionen, erfolgt. So wurde das Traditionsunternehmen Müller's Hausmacher Wurst GmbH & Co. KG, bekannt durch das „Original Heidefrühstück“®, vom langjährigen Betriebsleiter und einem externen kaufmännischen Geschäftsführer übernommen, die in die vorhandenen Produktionsstätten investierten und somit die vorhandenen 120 Dauerarbeitsplätze langfristig abgesichert haben. Dank des kombinierten Management Buy-in und Buy-out wurde das traditionelle Unternehmen und die Marke „Müller's Hausmacher Wurst“ am gegenwärtigen Standort fortgeführt und darüber hinaus die Produktpalette deutlich ausgeweitet. Das Projekt mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von deutlich

über sechs Mio. Euro wurde mit rund einer Mio. Euro im Rahmen eines EU-Strukturfondsprogramms unterstützt. Durch die erfolgreiche Betriebsübernahme des Traditionsunternehmens im Landkreis Uelzen wurde der vorhandenen Strukturschwäche in diesem Landkreis entgegengewirkt.

ESF – Qualifizierungsmaßnahme: Energieerzeugung und Energieeinsparung durch moderne Heizungstechnologien

Der Einsatz energieeffizienter Heizungssysteme sowie die Anwendung Erneuerbarer Energien nimmt im Zuge der weltweit steigenden Energienachfrage deutlich zu. In diesem Kontext ist ein zunehmender Fachkräftebedarf bereits absehbar. Verkauf, Planung, Montage und Inbetriebnahme moderner Heizungstechnologien ist ein bislang kaum erschlossener Qualifizierungsbereich.



Über 100 Beschäftigte der SHK-Branche nahmen an dem Angebot teil.



Die Fachinhalte wurden von Experten der FH Wolfenbüttel und betrieblichen Praktikern vermittelt.

Daher wurde ein Projekt aufgelegt, um das fachliche Know-how der Beschäftigten in diesem Bereich zu erweitern und die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen zu steigern. Zielgruppe waren Beschäftigte aus Betrieben des Sanitär-, Heizungs- und Klima-(SHK)-Handwerks in Niedersachsen. Projektträger war die target-GmbH (www.targetgmbh.de) mit Sitz in Hannover. Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden regional in den Berufsbildungszentren in Niedersachsen angeboten.

Die Maßnahme richtete sich an alle in dieser Branche tätigen kleinen und mittleren Unternehmen in ganz Niedersachsen. Mit der anteiligen Finanzierung durch den ESF in Höhe von rund 87.000 Euro konnten rund 100 Beschäftigte aus über 80 verschie-



Einsatz von Softwareprogrammen zur Heizungsmodernisierung



Dr. Bunk vom Fachverband SHK Niedersachsen beim Ausstellen der Zertifikate

denen Firmen an der Maßnahme teilnehmen und ihre Qualifikation in diesem Bereich verbessern.

Voraussetzung für den Erfolg war die enge Zusammenarbeit mit dem Fachverband SHK Niedersachsen. Das Projekt war zudem in eine landesweite Kampagne des Fachverbandes zur Heizungsmodernisierung eingebettet. Die Zielsetzung des Qualifizierungsprojekts bestand darin, die Fachkompetenzen der Branche gerade im zukunftsorientierten Bereich der Energieerzeugung und Energieeinsparung weiterzuentwickeln und einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Verwaltungsbehörde EFRE und ESF in Niedersachsen

Eberhard Franz
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Referat 14
Postfach 101
30001 Hannover
eberhard.franz@mw.niedersachsen.de
<http://www.eu-foerdert.niedersachsen.de>



Nordrhein-Westfalen



EFRE: MST.factory dortmund

Neue Produkte, die auf der Mikro- und Nanotechnologie basieren, bestimmen zunehmend unseren Alltag. Der Weg bis zu einem marktreifen Produkt in diesen Technologiefeldern kann zeitraubend, teuer und insbesondere für Gründer sehr schwierig sein. In der MST.factory dortmund erhalten deshalb junge Unternehmen wichtige Starthilfe und das nötige professionelle Umfeld, um zukunftsweisende Ideen schnell und erfolgreich in kommerzielle Produkte umzusetzen.



In der MST.factory dortmund finden Start-up-Firmen ideale Voraussetzungen für die Prototypenentwicklung.

Mit der MST.factory dortmund wurde auf Initiative des dortmund-projects – dem Motor der Stadt Dortmund für den regionalen Strukturwandel – auf dem neuen Hightech-Standort PHOENIX West ein europaweit einzigartiges Kompetenzzentrum für Mikro- und Nanotechnologie errichtet. In dem Zentrum auf der ehemaligen Thyssen-Krupp-Fläche im Süden Dortmunds finden Gründer und Technologiefirmen attraktive Büroflächen und bedarfsgerecht ausgestattete Labore und Reinräume. Modernste Fertigungsanlagen und eine optimale Infrastruktur schaffen beste Voraussetzungen für die Entwicklung von Prototypen bis hin zur Serienreife. Die Inkubatorfirmen profitieren von umfangreicher Unterstützung und werden mit den anderen Unternehmen des regionalen Mikro- und Nanotechnik-Clusters eng vernetzt.

Zusammen mit weiteren Kompetenzzentren am Standort Dortmund wie beispielsweise dem Bio-MedizinZentrum Dortmund und dem Zentrum für Produktionstechnologie bildet die MST.factory dortmund ein leistungsstarkes Infrastrukturnetzwerk, das hochgradig interdisziplinär ausgerichtet ist und Gründern marktnahe Unterstützung anbietet. Die Ressourcen des Zentrums sind fast vollständig ausgelastet. Bis jetzt haben sich bereits 16 Start-up-Firmen in der MST.factory dortmund niedergelassen, die sich nach erfolgreicher Produktentwicklung im neuen Technologiepark PHOENIX West ansiedeln sollen.

Gefördert wurde die MST.factory dortmund mit rund 36,3 Mio. Euro aus dem NRW-EU-Ziel-2-Programm, das bereits in der Phase von 2000–2006 vom Grundsatz her auf die konsequente Entwicklung neuer Wachstumsfelder und damit auf die gezielte Unterstützung von Kompetenzfeldern und ihrer Netzwerkstrukturen ausgerichtet war. Denn gerade



Gebäude der MST.factory dortmund auf dem neuen Dortmunder Hightech-Standort PHOENIX West

hier lassen sich unternehmerische Dynamik und die Fähigkeit, Qualität und Quantität von Innovationen zu steigern, optimieren und nachhaltig sichern. Mit der MST.factory dortmund und dem gezielten Ausbau des lokalen Mikro- und Nanotechnik-Clusters ist es gelungen, die Spitzenstellung des Technologiestandortes Dortmund in ausgewählten Schlüsseltechnologien erfolgreich zu festigen.

Verwaltungsbehörde EFRE in Nordrhein-Westfalen

Martin Hennicke
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Europäische Wirtschafts- und Strukturpolitik,
EU-Strukturfonds
Haroldstraße 4
40190 Düsseldorf
martin.hennicke@mwme.nrw.de
<http://www.ziel2-nrw.de/>



Rheinland-Pfalz



Fraunhofer-Zentrum mit Kindertagesstätte, Institut für Experimentelles Softwareengineering IESE, Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik ITWM

EFRE: Wirtschaftsnahe Forschungsinfrastruktur im PRE-Uni-Park Kaiserslautern

Aus der TU Kaiserslautern heraus sind seit ihrer Gründung im Jahr 1970 im weiteren Umfeld eine Reihe von äußerst erfolgreichen anwendungsorientierten, wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen entstanden. Sie haben aufgrund ihrer Kompetenzen hervorragende Wachstumsperspektiven entwickelt. Für die Kooperation und den Austausch mit Unternehmen bzw. Gründern und die enge Zusammenarbeit mit der TU Kaiserslautern war es jedoch notwendig, die Flächen- und Technikausstattung zu verbessern und die verstreuten Standorte in der Nähe der Universität zusammenzuziehen.

Im direkten Anschluss an den TU-Campus konnte eine brachliegende und durch Altlastenproblematik gekennzeichnete Fläche für eine Aufwertung im Rahmen einer an der Hochtechnologie ausgerichteten „Industrie-Konversion“ genutzt werden. Das durch das Land Rheinland-Pfalz, die Stadt Kaiserslautern, die TU Kaiserslautern sowie den Entwicklungsträger, die PRE GmbH, gemeinsam entwickelte Konzept „PRE-Uni-Park“ schafft die infrastrukturellen Voraussetzungen, um Kaiserslautern als Wissenschaftsstandort auszubauen, und trägt damit zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovation auf kommunaler Ebene bei. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie hat die rheinland-pfälzische Landesregierung daher ab dem Jahr 2002 die Instrumente der EU-Strukturförderung mit den Handlungsansätzen der städtebaulichen Entwicklung verknüpft, um die technologische Kompetenz der Region zu stärken.



Institut für Oberflächen- und Schichtanalytik IFOS, Deutsches Forschungszentrum für künstliche Intelligenz DFKI



Blick stadtauswärts nach Süden, angrenzend an das Stadtzentrum vorne rechts das Fraunhofer-Zentrum und IFOS, DFKI, davor der Standort für den Neubau des Technologiezentrums BIC Kaiserslautern. Hinten links: Campus der TU Kaiserslautern

Durch Schaffung adäquater Infrastruktur für vier wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen wurde insbesondere das Potenzial für weitreichende Kooperationen mit Unternehmen bei einem Fokus auf KMU erhöht. Die Neubaumaßnahmen wurden von weiteren Projekten zum Technologietransfer wie KMU-Forschungsplattformen ergänzt. Hinzu kamen ein erhebliches Personalwachstum der Institute und die Integration einer Kindertagesstätte. Der geplante Neubau eines Technologiezentrums in unmittelbarer Nachbarschaft vervollständigt die Konzeptumsetzung. Die Kosten der vier Institutsneubauten mit einem Finanzvolumen von insgesamt rund 56,8 Mio. Euro konnten mit rund 17,8 Mio. Euro durch EFRE-Mittel mitfinanziert werden.

Verwaltungsbehörde EFRE in Rheinland-Pfalz

Dr. Dirk Kniestedt
 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft
 und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz
 Referat 8307
 Stiftstraße 9
 55116 Mainz
 dirk.kniestedt@mwwlvw.rlp.de
<http://www.mwwlvw.rlp.de>



Saarland



Gebäudekomplex Science Park 2

EFRE: Projekt „Science Park Saar“

Der Science Park Saar gilt als Symbol für den Strukturwandel im Saarland und ist ein auf lange Dauer angelegtes Projekt. Junge, innovative Unternehmen finden einen neuen Standort auf dem Campus der Universität des Saarlandes. Besonders attraktiv wird dieser Standort durch die Symbiose zwischen Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft auf engstem Raum sowie dem Technologietransfer mit bereits etablierten Unternehmen.

Das Ziel des Projekts „Science Park Saar“ ist der Transfer des in der Universität des Saarlandes und in den Forschungsinstituten – Institut für neue Materialien, Deutsches Forschungszentrum für künstliche Intelligenz, Max-Planck-Institut für Informatik, Max-Planck-Institut für Softwaresysteme, Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren, Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik etc. – geschaffenen Wissens in wirtschaftliche Anwendungen. Damit soll eine bessere gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzung der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Wissenschaft erreicht werden. Zudem soll der Aufbau einer selbständigen Existenz und die Führung eines eigenen Unternehmens Universitätsabsolventen und Wissenschaftlern als alternatives Berufsziel nähergebracht werden.



Zusammen mit dem Starterzentrum wird der gesamte Gründungsprozess von der Motivation und Ideenfindung über die Vorbereitung bis hin zur Gründung unterstützt. Die ersten Gehversuche im Starterzentrum geben Gelegenheit, die Geschäftsidee zu testen und die Unternehmerpersönlichkeit zu prüfen. Wenn beides in Ordnung ist, kann im Science Park Saar durchgestartet werden. Der gesamte Prozess wird begleitet durch ein umfassendes universitätsgestütztes Beratungsangebot. Der Studiengang „Existenzgründung“ steht im Zentrum dieser Aktivität. Hinzu kommen das intellektuelle Kraftfeld der Universität: Die Möglichkeit zum schnellen unternehmerisch-wissenschaftlichen Dialog, die Nähe zu Professoren, Bibliotheken, Laboren und Apparaturen sowie zu qualifizierten und motivierten Arbeitskräften. Gemessen an Insolvenz Zahlen ist der Science Park Saar außerordentlich erfolgreich: Die „Trainingsphase“ im Starterzentrum und das Betreuungs- und Beratungsangebot der Universität haben zu wohlüberlegten, soliden Gründungen geführt und zur sachkundigen Unternehmensführung qualifiziert.

Verwaltungsbehörde EFRE im Saarland

Klaus Kosok
Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft (MWW)
EFRE-Verwaltungsbehörde
Stabsstelle
Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken
k.kosok@wirtschaft.saarland.de
www.strukturfondsfoerderung.saarland.de
www.efre.saarland.de

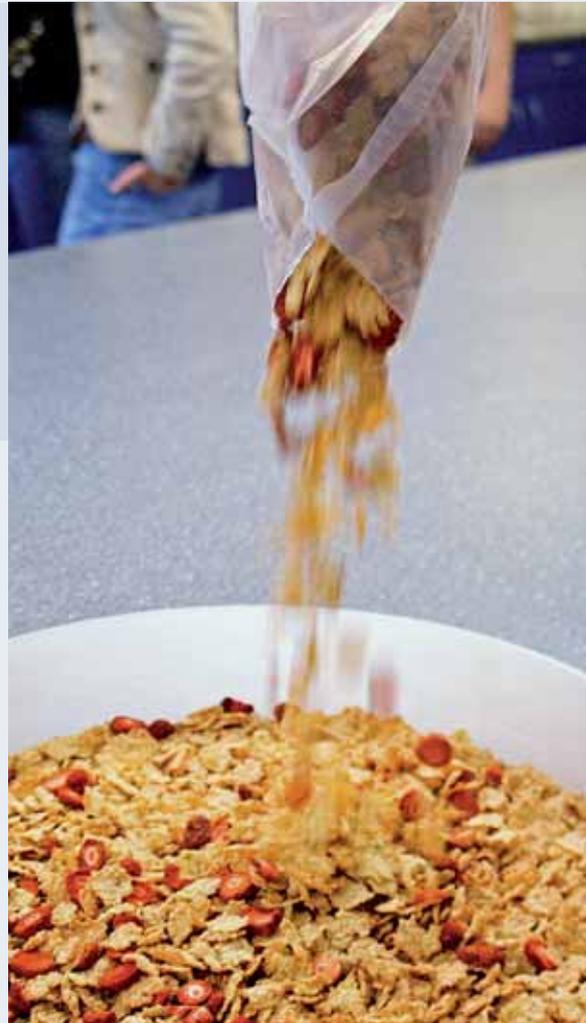


ESF: Qualifizierung von Fachkräften für Lebensmitteltechnik

Im Zusammenhang mit der Stilllegung des Bergwerks West bildete die Deutsche Steinkohle AG 2005 mit Mitteln des ESF fünfzehn ihrer früheren Mitarbeiter zur „Fachkraft für Lebensmitteltechnik“ aus. Im Rahmen dieser Qualifizierungsmaßnahme wurden den vormals im Bergwerk Beschäftigten über einen Zeitraum von zwölf Monaten Kenntnisse in den Bereichen

Hygiene, Lebensmittelrecht und Qualitätsmanagement vermittelt, die für die Herstellung von Lebensmitteln erforderlich sind. Für den späteren Einsatz an Maschinen zur Nahrungsmittelproduktion erhielten die Teilnehmer darüber hinaus Unterricht in Verfahrens- und Fertigungstechnik sowie im Bereich der Unfallverhütung. Materialwirtschaft, Fertigungslogistik und Steuerungstechnik waren weitere Qualifizierungsthemen.

Damit leistet diese Maßnahme der Firma Nordgetreide einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Beschäftigung im Saarland. Über die Förderung derartiger beruflicher Aus- und Weiterbildungen gelingt es, die betroffenen Arbeitnehmer frühzeitig auf die sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklungen vorzubereiten und sie mit technischen Innovationen und neuen Arbeitsverfahren vertraut zu machen. Mit der Anpassung an die Erfordernisse moderner Unternehmen leistet der ESF im Saarland folglich einen Beitrag zum wirtschaftlichen Strukturwandel, zur Erhaltung wettbewerbsfähiger Unternehmen und zur Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.



Verwaltungsbehörde ESF im Saarland

Lothar Gretsch
Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Referat AM 1
Franz-Josef-Röder-Straße 23
66119 Saarbrücken
l.gretsch@justiz-soziales.saarland.de



Sachsen



Kleinod der neuen Museumslandschaft:
Bürgermeister-Ringhain-Haus

EFRE: Torgau „Verdichtete Altstadt“ – Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete

Die Stadt Torgau liegt im relativ strukturschwachen nördlichen Teil des Regierungsbezirks Leipzig. Durch eine wertvolle Bausubstanz, das Schloss und die Lage an der Elbe birgt die Stadt großes Potenzial für die touristische Entwicklung. Dennoch war die Altstadt im Vergleich zur übrigen Stadt von mehreren

Problemen geprägt wie unterdurchschnittliche Wirtschaftstätigkeit, hohe Arbeitslosigkeit, starker Einwohnerrückgang und hoher Leerstand bei Wohn- und Gewerberäumen. Zugleich war eine hochwertige, aber sanierungsbedürftige denkmalgeschützte Bausubstanz vorhanden. Daher wurde Torgau Ende 2001 in das EFRE-Programm „Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete“ aufgenommen. Durch ein vielfältiges Maßnahmenbündel in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus, soziokulturelle Infrastruktur, städtebauliche Sanierung und Wohnumfeldverbesserung konnte die Stadt eine sichtbar positive Entwicklung verzeichnen.



Soziokulturelle Bereicherung für Torgau: Die „Kulturbastion“

In den Jahren 2000–2007 wurde die Entwicklung der Stadt mit rund 8,1 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung gefördert und Investitions- sowie Anschubfinanzierungen geleistet. Erfolgsfaktoren bei der Durchführung des Pro-

Wichtigste Einzelprojekte von insgesamt 27 Projekten:

- ▶ Entwicklung und Realisierung einer „Museumslandschaft“ (Konzeption und Sanierung einzelner Gebäude)
- ▶ Revitalisierung brachliegender Gewerberäume durch die EFRE-Förderung für KMU; KMU-Förderung für Ansiedlung und Erweiterung von Geschäften und kleinen Unternehmen
- ▶ Ausbau der „Kulturbastion“ in einem Teil der historischen Festungsanlagen der Stadt
- ▶ Sanierung und Erweiterung der alten Schwimmhalle zum Aquavita Sport- und Freizeitbad
- ▶ City Card (Kundenbonuskarte zur Bindung der Kaufkraft an die Torgauer Altstadt)

jekts waren vor allem die umfassende Konzeption und die Einbindung vieler Akteure bei der Realisierung, so dass Torgau heute eine deutlich bessere Wirtschaftsstruktur aufweist.



Verwaltungsbehörde EFRE in Sachsen

Marion Nonnenberg
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
Referat 44
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden
marion.nonnenberg@smwa.sachsen.de
www.strukturfonds.sachsen.de

ESF: Qualifizierung und Arbeit für Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem anerkannten Berufsabschluss – QAB

Ziel des QAB-Projektes ist es, Arbeitslosen ohne Berufsabschluss bzw. ohne auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Berufsabschluss unabhängig vom Alter die Möglichkeit zu geben, einen anerkannten Berufsabschluss bzw. eine zielgerichtete Teilqualifizierung zu erhalten.



Eberhardt Patze: Neue Perspektive dank QAB

In Sachsen wurden zehn Koordinierungsstellen eingerichtet. Diese kooperieren mit der Arbeitsverwaltung bei der Vorauswahl geeigneter Teilnehmer. Anschließend durchlaufen die Teilnehmer eine „Kompetenzbilanzierung“, bei der individuelle Fähigkeiten, Kenntnisse und Neigungen ermittelt werden. Für jeden Teilnehmer werden anschließend Bildungsziele festgelegt und die passenden Bildungsdienstleister ausgewählt.

Ein Beispiel ist die Koordinierungsstelle Euro-Schulen Zwickau: Nach der Auswahl von ca. 1.000 potenziellen Teilnehmern durch die Arbeitsverwaltung durchliefen über 750 von ihnen die „Kompetenzbilanzierung“. Im Anschluss erhielten 450 Teilnehmer eine Bildungsempfehlung. Ab Dezember 2006 wurde mit den ersten Qualifizierungen begonnen. 316 Teilnehmer erhielten einen Ausbildungsvertrag. Für jeden Teilnehmer wurden entsprechend der individuellen Voraussetzungen Ausbildungspläne erarbeitet – in insgesamt 27 Ausbildungsberufen bei 15 Bildungsanbietern. Über einen modularen Ausbildungsablauf mit Zertifizierung einzelner Bausteine gelangen die Teilnehmer bis zur entsprechenden Abschlussprüfung. Derzeit bestehen mit rund 150 Praktikumsbetrieben Verträge zur Betreuung der QAB-Teilnehmer. Nach und nach laufen die Qualifizierungen aus – mit positiven Ergebnissen.

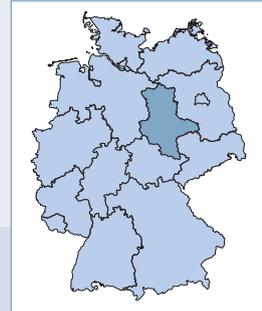
So hat zum Beispiel Eberhardt Patze eine neue Chance bekommen: Er ist 54 Jahre alt und sah als Arbeitsloser für sich schon keine Perspektive mehr. Er ist jetzt dank QAB als CNC-Fräser fest in einem Stollberger Unternehmen beschäftigt.

Verwaltungsbehörde ESF in Sachsen

Dr. Katrin Ihle
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
Referat 23
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden
Katrin.Ihle@smwa.sachsen.de
www.strukturfonds.sachsen.de



Sachsen-Anhalt



Reaktor der CS₂-Anlage

Für die Produktion von neuartigen Stabilisatoren, die eine höhere Bildschärfe garantieren und deshalb bei Filmherstellern in ganz Europa gefragt sind, wurde beispielsweise eine moderne Schwefelkohlestoffanlage gebaut. Damit sind auch hohe Anforderungen an den Explosionsschutz verbunden, die recht kostenintensiv sind. In der Pharmasparte hat das Unternehmen auf den steigenden Bedarf der Industrie nach Butansulton reagiert, einem Stoff, der Moleküle löslich macht. Ebenfalls für die Pharmaindustrie stellt Organica ein neuartiges Kontrastmittel für die frühzeitige Erkennung einer altersbedingten Augenkrankheit her. Nach der europaweiten Zulassung für einen bestimmten Farbstoff zur Untersuchung im Auge strebt Organica nun auch die Zulassung für den US-amerikanischen Markt an.

EFRE: Organica: Investitionen in Feinchemie

Das Unternehmen Organica, 1995 gegründet, jedoch hervorgegangen aus einem von der Treuhand verwalteten ehemaligen Staatsunternehmen der DDR, stellt heute 140 Produkte her. Traditionell der Fotografie verbunden, liegt der heutige Schwerpunkt des Unternehmens in der Pharmaindustrie. Der Erfolg des Unternehmens basiert unter anderem auf Investitionen, die in den Jahren 2001 bis 2004 durchgeführt wurden: Neue Anlagen im Wert von rund 1,8 Mio. Euro sorgten für den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Die Finanzierung dieser Investitionen stammt mit über 200.000 Euro aus dem EFRE, Land und Bund ergänzten die EU-Mittel durch eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA).



Im Labor der ORGANICA Feinchemie GmbH Wolfen

ESF: EfA – Erstausbildung für Alleinerziehende

Alleinerziehende geraten oftmals in einen finanziellen und sozialen Abwärtsstrudel, wenn sie ihre Ausbildung abbrechen. Zielgenaue und rechtzeitige Hilfe ist daher gerade für alleinerziehende junge Mütter wichtig, um Familie und Berufsausbildung miteinander vereinbaren zu können.

Im Rahmen eines dreijährigen Modellprojekts in Sachsen-Anhalt wurde für diesen Personenkreis das Projekt „EfA – Erstausbildungsförderung für Alleinerziehende“ aufgelegt. Das Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt e.V., Träger des Projekts, finanziert Tagesmütter für die Kleinen und hilft bei der Suche nach Kindergartenplätzen und bei Behördengängen. Auf Wunsch wird auch zwischen der jungen Mutter und dem Arbeitgeber oder der Berufsschule vermittelt, um Probleme sofort und unbürokratisch zu lösen. Insgesamt dient das Projekt dazu, junge Mütter vor einem Abbruch ihrer begonnenen Berufsausbildung zu bewahren. Auch Nadine Kismann und ihre beiden Kinder profitieren von dem Projekt.

Rund 300.000 Euro stehen für „EfA“ im Rahmen des Modellprojekts aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln bereit. Auch Ausbildungsbetriebe können eine Förderung erhalten: Sie bekommen im Rahmen des Projekts einen monatlichen Zuschuss von 100 Euro im ersten und 75 Euro im zweiten und dritten Lehrjahr. Dies ist ein wichtiger Anreiz für Unternehmen, da die Arbeitszeit der



Nadine Kismann mit ihren beiden Mädchen Celina-Denise und Aisha-Alexis

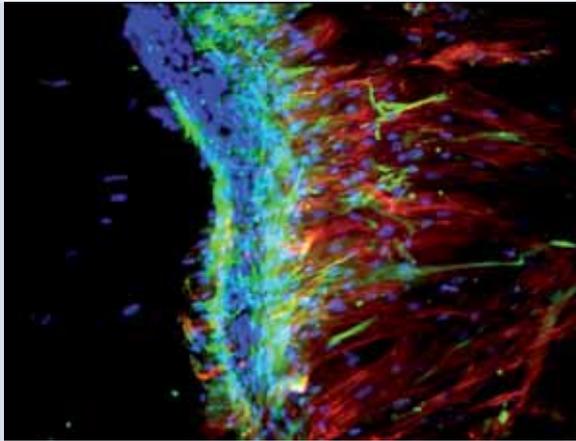
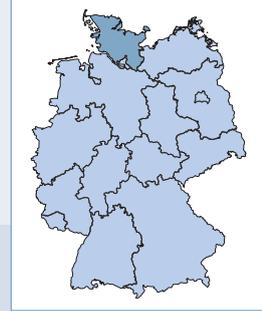
auszubildenden alleinerziehenden Mütter aufgrund der familiären Situation auf 30 Wochenstunden reduziert ist. Dank des Projekts werden rund 50 junge Frauen ihre Ausbildung abschließen können und haben damit eine deutlich bessere berufliche Perspektive.

Verwaltungsbehörde EFRE und ESF in Sachsen-Anhalt

Dr. Norbert Heller
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
EU-VB
Editharing 40
39108 Magdeburg
www.europa.sachsen-anhalt.de
eu-strukturfonds@ib-lsa.de



Schleswig-Holstein



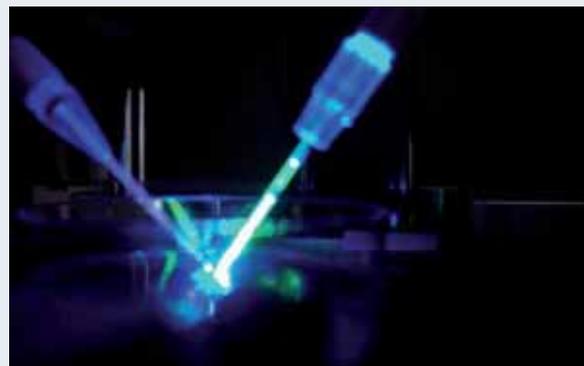
Dreidimensionale Zellgewebe aus Stammzellen der Bauchspeicheldrüse

EFRE: Dem Geheimnis der Zellentwicklung auf der Spur

Sie gehören zu den vielseitigsten Zellen in menschlichen und tierischen Körpern: Adulte Stammzellen können Tochterzellen generieren und sich zu verschiedenen Gewebetypen entwickeln. Forscher der Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) in Lübeck arbeiten daran, die Fähigkeiten adulter Stammzellen und damit auch ihre medizinischen und industriellen Einsatzmöglichkeiten deutlich zu erweitern. Dieses wichtige Forschungsprojekt wird auch durch die Förderung mit 4,5 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ermöglicht.

Allein bis 2010 investieren das Land Schleswig-Holstein und die EU 9,0 Mio. Euro in die im Januar 2008 gegründete Fraunhofer-Einrichtung. Mit der millionenschweren Förderung ist ein enger Zeitplan verbunden: Drei Jahre bleiben dem Team unter der Leitung von Prof. Dr. Günter Fuhr und Prof. Dr. Charli Kruse, um aus der Einrichtung ein vollwertiges Fraunhofer-Institut aufzubauen – „angesichts der anspruchsvollen Materie ein sehr ehrgeiziger Zeitplan“, bekennt Professor Kruse. Seine Aufgabe ist es, aus den Forschungs- und Geschäftsfeldern der bisherigen Projektgruppe langfristige Projekte zu generieren. Dazu sollen vielfältige Kooperationen mit Partnern aus der Industrie und aus dem akademischen Bereich vertieft bzw. neu geschlossen werden.

Das Handlungsspektrum ist dabei weit gesteckt und umfasst neben der Biotechnologie, Medizin, Meeres-, Zell- und Molekularbiologie auch die Ingenieurwissenschaften: Das Ziel ist, hoch innovative Kapazitäten für die angewandte Forschung und Entwicklung aufzubauen, wobei die Schwerpunkte in den Bereichen aquatische Technologien, Stammzelltechnologien und medizinisch-zelluläre Technologien liegen. Das EMB soll dabei neue technologisch-medizinische Verfahren und Methoden entwickeln, prüfen und umsetzen. Die Lübecker Forscher wollen die Anwendungsmöglichkeiten für In-vitro-Modelle erweitern; auch um die Anzahl der Tierversuche deutlich zu reduzieren und die Alternativen zum umstrittenen Einsatz embryonaler Stammzellen zu verbessern. Forschungen und Entwicklungen in diesen Bereichen sind weitgehend „industrietreiben“ – für fokussierte Untersuchungen im laufenden Laborbetrieb bleibt jedoch kaum Zeit. Daher ist die Arbeit der Lübecker Fraunhofer-Forscher besonders relevant, um den Aufgaben der zukünftigen Zellbiotechnologie im 21. Jahrhundert gerecht zu werden.



Zellkultur aus pankreatischen Stammzellen

Verwaltungsbehörde EFRE in Schleswig-Holstein

Rüdiger Balduhn

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein

Referat VII 21

Postfach 7128

24171 Kiel

ruediger.balduhn@wimi.landsh.de

<http://www.schleswig-holstein.de>



ESF: Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt

Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt stellt einen innovativen arbeitsmarktpolitischen Ansatz für junge Menschen im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt dar, der flächendeckend in ganz Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Es soll die für die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit notwendige Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit der Abgänger von Haupt- und Förderschulen und von berufsschulpflichtigen Jugendlichen verbessern, die sich in keinem anderen (Aus-)Bildungsgang oder in keiner Bildungsmaßnahme befinden. Zugleich soll die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss deutlich verringert werden. Die Maßnahme wird in der Förderperiode 2007–2013 mit ESF-Mitteln in Höhe von circa 25 Mio. Euro gefördert.

In der Übergangsphase zwischen Schule und Arbeitswelt bedarf es eines Übergangsmagements für Schüler, die ansonsten keine oder nur geringe Chancen haben. Sie erhalten die notwendige individuelle Unterstützung, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich bestehen zu können. Im Rahmen dieses Übergangsmagements werden die vier Handlungsfelder Coaching, Kompetenzfeststellungsverfahren, Berufsfelderprobung und Qualifizierungsbausteine angeboten.

Zudem wird ein spezielles Angebot für leistungsstarke Förderschüler sowie gefährdete Hauptschüler ab der 8. Jahrgangsstufe angeboten, die die Möglichkeit bekommen, den Hauptschulabschluss in drei Jahren zu erreichen. Darüber hinaus werden ein Personalqualifizierungsprojekt und ein Sonderprojekt gefördert, die die Handlungsfelder des Handlungskonzeptes Schule & Arbeitswelt ergänzen.

Mit dem Personalqualifizierungsprojekt wird nicht nur das fachliche Wissen der Fachkräfte vertieft, sondern auch der Auf- und Ausbau von Netzwerken zwischen Schule, Bildungsträgern und den regionalen Partnern am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützt. Das Sonderprojekt ist ein Modellprojekt für Schüler mit Einwanderungshintergrund.

Verwaltungsbehörde ESF in Schleswig-Holstein

Stefan Johannsen
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein
Legienstraße 1
24103 Kiel
stefan.johannsen@jumi.landsh.de



Thüringen



Ermöglicht schnellen Sepsis-Nachweis: Vypoo-Test der SIRS-Lab GmbH

EFRE: Molekulare Diagnostik gegen tödliche Erreger: Neuartiger Sepsis-Früherkennungstest von SIRS-Lab Jena

Statistisch gesehen stirbt in Deutschland alle 10 Minuten ein Mensch an Sepsis (Blutvergiftung). 60.000 der jährlich 154.000 Patienten überleben die schwere Infektion nicht. Entscheidend für den Heilungserfolg ist die frühestmögliche Gabe des richtigen Antibiotikums. Dafür muss der die Infektion auslösende Erreger innerhalb weniger Stunden gefunden werden – die sichere Identifizierung des entsprechenden Bakteriums oder Pilzes gelingt mit den derzeitigen Methoden der Blutkultur jedoch nur in weniger als 15 Prozent der Fälle.

Zusammen mit akademischen Partnern am Klinikum der Universität Jena hat die SIRS-Lab GmbH das Testsystem VYOO entwickelt. Der im Herbst 2007 in den Markt eingeführte DNA-basierte Test ermöglicht einen bedeutend schnelleren und präziseren Nachweis der Erreger schwerer Infektionen. VYOO liefert therapierelevante Informationen in sechs statt bisher 72 Stunden mit einer 4-fach höheren Identifikations-

rate. Mit dieser Innovation etabliert sich SIRS-Lab derzeit erfolgreich im Markt der molekularen Diagnostik, dem am schnellsten wachsenden Bereich der Life-Science-Industrie. An der Schnittstelle zwischen Medizin, Biotechnologie und molekularer Diagnostik entwickelt, produziert und vermarktet die SIRS-Lab ein Portfolio biomedizinischer Diagnostika, welches bisherige Hemmnisse im Rahmen einer individuell-orientierten Diagnose, Vorsorge und Therapie überwindet und klinische Entscheidungsprozesse objektiviert. Neuartige patentgeschützte Marker und Technologien beschreiben die Einzigartigkeit des SIRS-Lab Portfolios.

Das Projekt wurde über die einzelbetriebliche Technologieförderung des Freistaats Thüringen unterstützt, die bis Ende 2006 zu 60 Prozent und ab 2007 zu 75 Prozent über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert wird. Heute beschäftigt das Unternehmen ein internationales Team aus 45 festangestellten, in der Mehrzahl hoch qualifizierten Mitarbeitern. Im Sepsis-Forschungscluster Jena profitiert SIRS-Lab von der herausragenden Expertise im universitären Umfeld und den günstigen Bedingungen am Wirtschaftsstandort Thüringen. Weitere Informationen finden Sie unter www.sirs-lab.com



Hat international einen guten Ruf: Sepsis-Forschung aus der Denkfabrik Jena

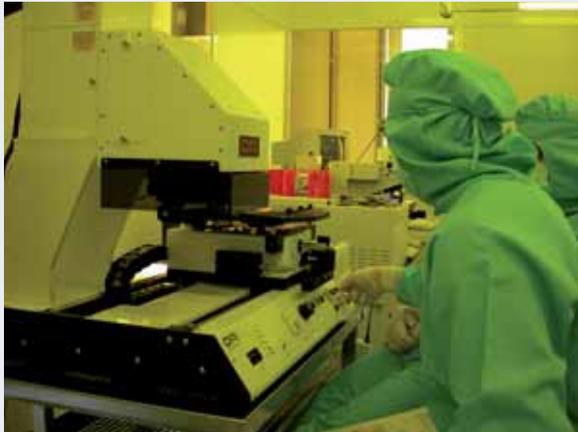


Verwaltungsbehörde EFRE in Thüringen

Dr. Sabine Awe
 Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
 Verwaltungsbehörde der EU-Strukturfonds
 Max-Reger-Straße 4-8
 99096 Erfurt
 sabine.awe@tmwta.thueringen.de
 www.efre-thueringen.de

ESF: FasiPho – Fachkräftesicherung in der Photovoltaik

Die Nachfrage nach Solaranlagen zur Energiegewinnung und damit auch nach Fachkräften, die diese Anlagen bedienen und produzieren, wird in den nächsten Jahren steigen. Die Gründe sind vielfältig: Die Erkenntnisse zur Endlichkeit der fossilen Rohstoffe und die Folgen der Energiegewinnung aus Kohle, Öl und Gas für den Klimawandel führen zum Umdenken in der Wirtschaft. Mit Photovoltaik entsteht eine Branche der Energieversorgung, die weltweit langfristige Wachstumsraten von etwa 20 Pro-



Ausbildung in der BWAW Thüringen gGmbH

zent aufweist. Der Freistaat Thüringen hat eine Solarinitiative gestartet, um Thüringen zu einem der bedeutendsten Solarstandorte Europas zu machen.

Die derzeit stark im Wachstum befindliche Solarindustrie benötigt besondere ausgebildete Fachkräfte. Zur Bewältigung dieser Anforderung erweisen sich herkömmliche Konzepte der Aus- und Weiterbildung als ungeeignet. FasiPho will speziell auf die Prozesse der Photovoltaik zugeschnittene Qualifizierungsmodelle und Lernbausteine hervorbringen. Der Projektträger möchte diese Qualifizierungsmodelle und Lernbausteine zusammen mit Unternehmen der Solarbranche entwickeln und erproben. Die Integration der Module ist ab dem Ausbildungsjahr 2008/2009 vorgesehen. Somit unterstützt das Projekt FasiPho durch die Entwicklung anforderungsgerechter Lernbausteine die Qualifizierung von Fachkräften für die Photovoltaik.

Das Projekt wird mit insgesamt 305.000 Euro aus dem ESF gefördert.

Verwaltungsbehörde ESF in Thüringen

Gerd Fuchs
 Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
 Referat 31 „Verwaltungsbehörde ESF“
 Max-Reger-Straße 4-8
 99096 Erfurt
 gerd.fuchs@tmwta.thueringen.de
 www.esf-thueringen.de



III. Bundesprogramme

EFRE-Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur

Das EFRE-Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur ist ein thematisches Programm, das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert wird. Das Programm soll über die beschleunigte Realisierung ausgewählter Projekte im Bereich der Bundesverkehrswege dazu beitragen, die Anstrengungen der im deutschen Konvergenzgebiet liegenden Bundesländer für wirtschaftliches Wachstum zu unterstützen. Während über Länderprogramme Verkehrsinfrastrukturprojekte gefördert werden, die die lokale Erreichbarkeit verbessern, stehen beim EFRE-Bundesprogramm mit den Bundesverkehrsweegen größere überregional wirksame Verkehrsinfrastrukturprojekte im Fokus.

Über das Operationelle Programm EFRE-Bund Verkehr 2007–2013 werden für Bundesschienenwege 715 Mio. Euro aus dem EFRE zur Verfügung gestellt. Weitere 699 Mio. Euro sind für Bundesfernstraßen und 91 Mio. Euro für Bundeswasserstraßen vorgesehen; der nationale Anteil wird hauptsächlich aus dem Investitionshaushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gespeist. Erstmals wurden in Deutschland mit dem OP Verkehrsinfrastruktur EFRE Deutschland Ziel 1 2000–2006 EU-Strukturfonds-Mittel für den Ausbau der Bundesverkehrswege verwendet. Ein Beispiel ist der Neubau der A 17 von Dresden (B 173) bis zur Bundesgrenze Deutschland/Tschechische Republik.



Die A 17 im Frühling, Weißeritztalbrücke und Tunnel Coschütz

Projekt „Neubau der A 17 von Dresden (B 173) bis Bundesgrenze Deutschland/Tschechische Republik“ (Via Porta Bohemica)

Mit dem Neubau der A 17 (und der Weiterführung als D 8 in der Tschechischen Republik) wurde eine leistungsfähige grenzüberschreitende, vierspurige Autobahn als Verbindung zwischen dem überregional wichtigen Oberzentrum Dresden und der Metropolregion Prag realisiert. Zugleich wurde damit eine verkehrsinfrastrukturelle Lücke im paneuropäischen Korridor IV des Transeuropäischen Netzes (TEN) geschlossen. Die Realisierung der A 17 leistet einen Beitrag, die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine gemeinsame grenzüberschreitende Entwicklung im Rahmen der Euroregion Elbe/Labe zu schaffen. Im Kontext der nationalen Regionalentwicklung wird mit der A 17 das raumplanerische Ziel unterstützt, das so genannte „Sachsendreieck“ Dresden – Leipzig – Chemnitz/Zwickau zu einer Europäischen Cityregion zu entwickeln.



Bau der A 17

Die Förderung des Vorhabens im Rahmen des EFRE erstreckte sich auf den Zeitraum zwischen dem 01. Januar 2000 und dem 30. Juni 2008. Die Verkehrsfreigabe erfolgte im Dezember 2006. Aus dem EFRE-Bundesprogramm werden 512 Mio. Euro für das Vorhaben finanziert. Davon werden durch den EFRE 278 Mio. Euro und den Bund 234 Mio. Euro getragen. Allein in der Bauphase des Vorhabens wurden nach Modellrechnungen temporär rund 600 direkte Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Die Förderung durch den EFRE ist als Schlüssel für eine erfolgreiche Realisierung des Vorhabens zu nennen.

Aufgrund der Gegebenheiten im Verlauf der Liniennführung der A 17 und vor dem Hintergrund einer ökologisch vertretbaren, sozialverträglichen und wirtschaftlichen Realisierung waren für den Bau der A 17 in erheblicher Größenordnung Tunnel- und Brückenbauwerke notwendig, mit dem Projekt gingen folglich erhebliche ingenieurtechnische Herausforderungen einher. Dabei ging es darum, die Eingriffe sowohl in Siedlungsgebiete als auch in naturräumlich sensible Bereiche so gering wie technisch möglich zu halten und zugleich wirtschaftlich vertretbar zu realisieren. Die Realisierung der A 17 bewirkt eine Verbesserung der Erreichbarkeit: Fahrzeiten zu den nächsten Oberzentren und Agglomerationszentren verringern sich. Die überregionale Bedeutung Dresdens als Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum nimmt zu, gleichzeitig werden die Attraktivität der gesamten Region gesteigert und positive wirtschaftliche Effekte generiert. Diese können sich in Form einer gesteigerten Investitionstätigkeit in bereits bestehende Unternehmen, aber auch in der Ansiedlung

neuer Wirtschaftszweige niederschlagen. Ebenso wird ein Großteil des grenznahen Raumes in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge besser angebunden, welche bereits heute eine hohe Bedeutung für den längerfristigen Fremdenverkehr hat. Insofern können sich auch Impulse für eine verbesserte Entwicklung der Tourismuswirtschaft ergeben.

Die Realisierung des Gesamtvorhabens (A 17 und D 8) und mithin auch des EFRE-Projektes geht auf eine gemeinsame grenzübergreifende Planung durch die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik zurück. Die für die grenzüberschreitende Planung des Gesamtvorhabens gebildete Arbeitsgruppe arbeitete unter der Beteiligung des Tschechischen Umweltministeriums, der Verwaltung des Straßensfonds der Tschechischen Republik, der Autobahndirektion Prag (jetzt Straßen- und Autobahndirektion der Tschechischen Republik), dem Autobahnamt Sachsen sowie Ingenieurbüros aus beiden Ländern. Aus der gemeinsamen Erarbeitung und Behandlung der planungstechnischen Grundlagen konnten wertvolle praktische Erfahrungen für die grenzüberschreitende Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten gesammelt werden.

EFRE-Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur

Frank Zwieli
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Referat A 22
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
ref-a22@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de/efre



Die A 17 im Frühling, Tunnel Dölzchen



ESF-Bundesprogramm

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der EU. Er unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen und hilft Menschen dabei, zur Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt ihr Bildungsniveau und ihre Qualifikationen anzuheben. Für Deutschland stehen in der neuen Förderperiode (2007–2013) insgesamt 9,4 Mrd. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Diese verteilen sich zu rund 63 Prozent auf die Bundesländer, die im Gegensatz zur alten Förderperiode eigene ESF-Programme aufgelegt haben, und zu rund 37 Prozent auf den Bund. Für das neue zielübergreifende Bundesprogramm stehen damit für die nächsten sieben Jahre 3,5 Mrd. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

Gefördert werden Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung, zur Stärkung des Unternehmergeistes, zur Erhöhung der Beschäftigung sowie die soziale Integration von benachteiligten Gruppen in den Arbeitsmarkt. Zwischen 2007 und 2013 sollen insgesamt 1,9 Mio. Menschen mit dem ESF unterstützt werden. Das sind durchschnittlich 270.000 Menschen pro Jahr. Um das Querschnittsziel der Chancengleichheit zu verwirklichen, ist die Hälfte der Maßnahmen für Frauen vorgesehen.

Für die Durchführung des ESF-Bundesprogramms ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verantwortlich; weitere vier Bundesressorts – das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – sind an der Umsetzung beteiligt. Weitere Informationen finden Sie im ESF-Internetportal unter www.esf.de.

Auch in der laufenden Förderperiode wird der Bund mit Mitteln des ESF möglichst viele Menschen bei ihrer (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen. Die durchgeführten Maßnahmen umfassen dabei so vielfältige Programme wie die Weiterbildungsprämie für Arbeitnehmer, die Förderung von betrieblich unterstützter Kinderbetreuung oder die Stabilisierung und Aufwertung von benachteiligten Stadtquartieren. Ein Schwerpunkt des ESF-Bundesprogramms, der hier exemplarisch dargestellt werden soll, wird in der Existenzgründungsförderung liegen.

Existenzgründungsförderung aus dem ESF-Bundesprogramm

Der Bund hat sich das Ziel gesetzt, auch in dieser Förderperiode wieder mehr als 180.000 Menschen mit ESF-Mitteln dabei zu unterstützen, ihren Traum vom eigenen Unternehmen wahr werden zu lassen. Während die Bundesländer im Vorfeld von Gründungen Hilfestellung geben, fördert der Bund Existenzgründungen in den ersten fünf Jahren nach Gründung.

Gründungsvorbereitung und Unternehmensberatungen

Die Umsetzung innovativer Ideen ist lebenswichtig für moderne Volkswirtschaften. In Deutschland scheitern jedoch viele Vorhaben, weil potenzielle Gründer fürchten, die problematische Startphase nicht zu überstehen. Dies gilt insbesondere für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit. Der Bund bezuschusst deshalb Informations- und Schulungsveranstaltungen zur Vermittlung der für eine Erfolg versprechende Gründung erforderlichen Kenntnisse. Hier setzt zudem das Gründercoaching Deutschland an: Junge Unternehmer können für ein Einzelcoaching durch eine geeignete Unternehmensberatung Zuschüsse aus dem ESF erhalten. Damit sollen Existenzgründungen nachhaltig gestärkt und junge Unternehmer fit für den Markt gemacht werden. Auch etablierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können Zuschüsse für Schulungen und Beratungen zu allen Fragen der Unternehmensführung erhalten. Diese Förderung dient der Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft. Weitere Informationen finden Sie unter www.beratungsfoerderung.de und www.gruender-coaching-deutschland.de.



Gründungen an Hochschulen

Zur stärkeren Nutzung der Chancen für technologieorientierte Gründungen in Deutschland wird angestrebt, das Gründungsklima an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nachhaltig zu verbessern und die Zahl und die Erfolgswahrscheinlichkeit von Gründungen technologieorientierter und wissensbasierter Unternehmen durch finanzielle Unterstützung zu erhöhen. Ziel ist es, die unternehmerische Selbständigkeit an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen frühzeitig als berufliche Option attraktiv zu machen. Weitere Informationen sind abrufbar unter www.exist.de.

Existenzgründungen für Frauen

Frauen, die an der Existenzgründung interessiert sind, sollen verstärkt gefördert werden. Daher wird beispielsweise untersucht, wie Frauen spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten besser einsetzen können und wie das Potenzial von Frauen mit geistes- oder sozialwissenschaftlichem Studienabschluss besser unternehmerisch umgesetzt werden kann. Damit sollen Frauen zur Gründung von Unternehmen motiviert werden und ihre Voraussetzungen verbessern können. Weitere Informationen sind abrufbar unter www.bmbf.de/de/2578.php und www.gruenderinnenagentur.de.

ESF-Bundesprogramm

Silke Ihlow
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Gruppe Soziales Europa – GS 1
Rochustraße 1
53123 Bonn
VIGruGS1@bmas.bund.de
www.esf.de



IV. Territoriale Zusammenarbeit

Grenzübergreifende Zusammenarbeit



Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit deutscher Beteiligung

Fördergebiete und angrenzende Gebiete nach Artikel 21.2 der EFRE-Verordnung (20%-Klausel)

Datenbasis: Operationelle Programme der jeweiligen Programmgebiete
Geometrische Basis: GFK MACON, Regionen NUTS 3

- | | |
|---|---|
| Brandenburg – Polen | Bayern – Österreich |
| Deutschland – Niederlande | Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein |
| „Großregion“ | Oberrhein |
| Euregio Maas – Rhein | Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg – Polen |
| Sachsen – Tschechien | Fehmarnbeltregion |
| Sachsen – Polen | Region südliche Ostsee |
| Bayern – Tschechien | Schleswig/K.E.R.N. – Süddänemark |

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) hat das Ziel, zu einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der EU beizutragen. Nationale Grenzen, die eine ausgewogene Entwicklung und Integration des europäischen Wirtschaftsraums behindern, sollen mit diesem Instrument überwunden werden. Die Förderung geschieht in drei Ausrichtungen:

- ▶ als grenzübergreifende Zusammenarbeit von Regionen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten im Grenzgebiet,
- ▶ als transnationale Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten in großen Räumen (z. B. alle Ostsee-Anrainer, alle Alpenstaaten usw.),
- ▶ als interregionale (EU-weite) Zusammenarbeit.



Strukturfonds 2007–2013: Transnationale Kooperation Nordwesteuropa

■ EU-27 Kooperationsbereich
■ Andere Kooperationsbereiche

Quelle: BMWi



Strukturfonds 2007–2013: Transnationale Kooperation Mitteleuropa

■ EU-27 Kooperationsbereich
■ Andere Kooperationsbereiche

Quelle: BMWi

Alle deutschen Grenzregionen nehmen – aufgeteilt auf 14 Einzelprogramme – an der grenzübergreifenden Zusammenarbeit teil. Die transnationalen Programme mit deutscher Beteiligung erstrecken sich auf alle Regionen Deutschlands. Es handelt sich dabei um die Programme:

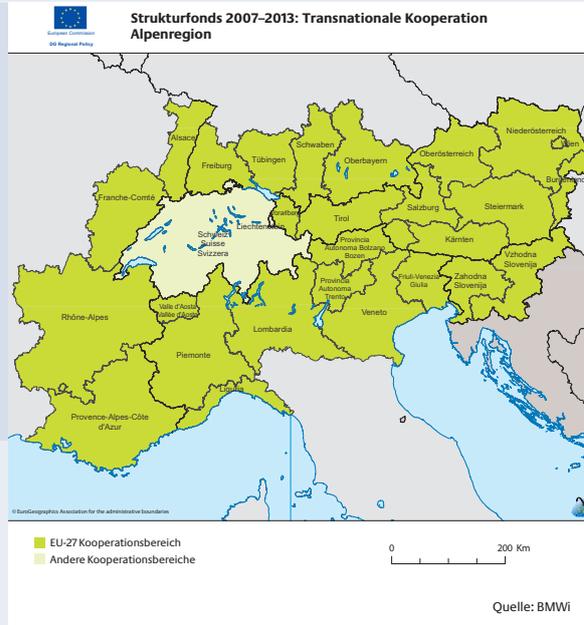
- ▶ Nordsee
- ▶ Ostsee
- ▶ Nordwesteuropa
- ▶ Mitteleuropa
- ▶ Alpenregion

Die Programme der interregionalen Zusammenarbeit erstrecken sich auf das Gebiet der gesamten EU. Im Einzelnen sind dies die Netzwerkprogramme INTERREG IVC und URBACT II sowie ESPON2013, ein Programm zur Beobachtung von Raumentwicklungstendenzen und zur Datenerhebung in der EU.

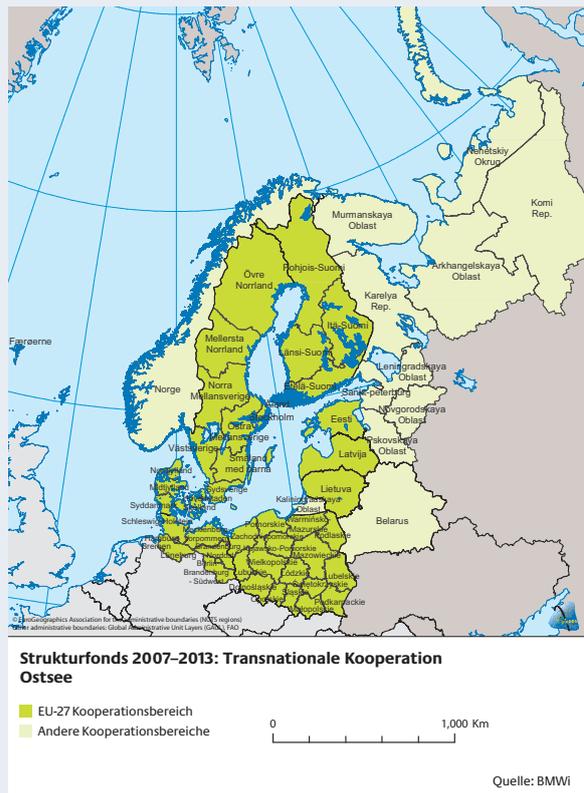
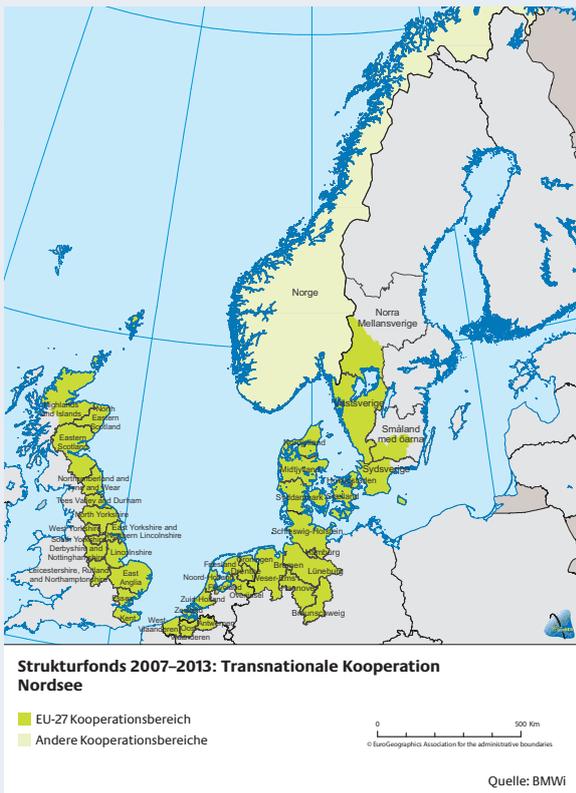
Eine Auflistung aller Programme findet sich auf der Internetseite des BMWi (<http://www.bmw.bund.de>, Europa → EU-Strukturpolitik → Ziele der Strukturförderung).

In den 14 grenzübergreifenden Programmen stehen für die Regionen beiderseits der Grenzen bis 2013 insgesamt circa 1,3 Mrd. Euro EFRE-Mittel zur Verfügung. Diese werden durch nationale Mittel auf über 1,8 Mrd. Euro aufgestockt.

Die fünf transnationalen Programme verfügen über ein Fördervolumen von circa einer Mrd. Euro EFRE, ergänzt um nationale Mittel und Mittel aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrument ENPI auf über 1,7 Mrd. Euro.

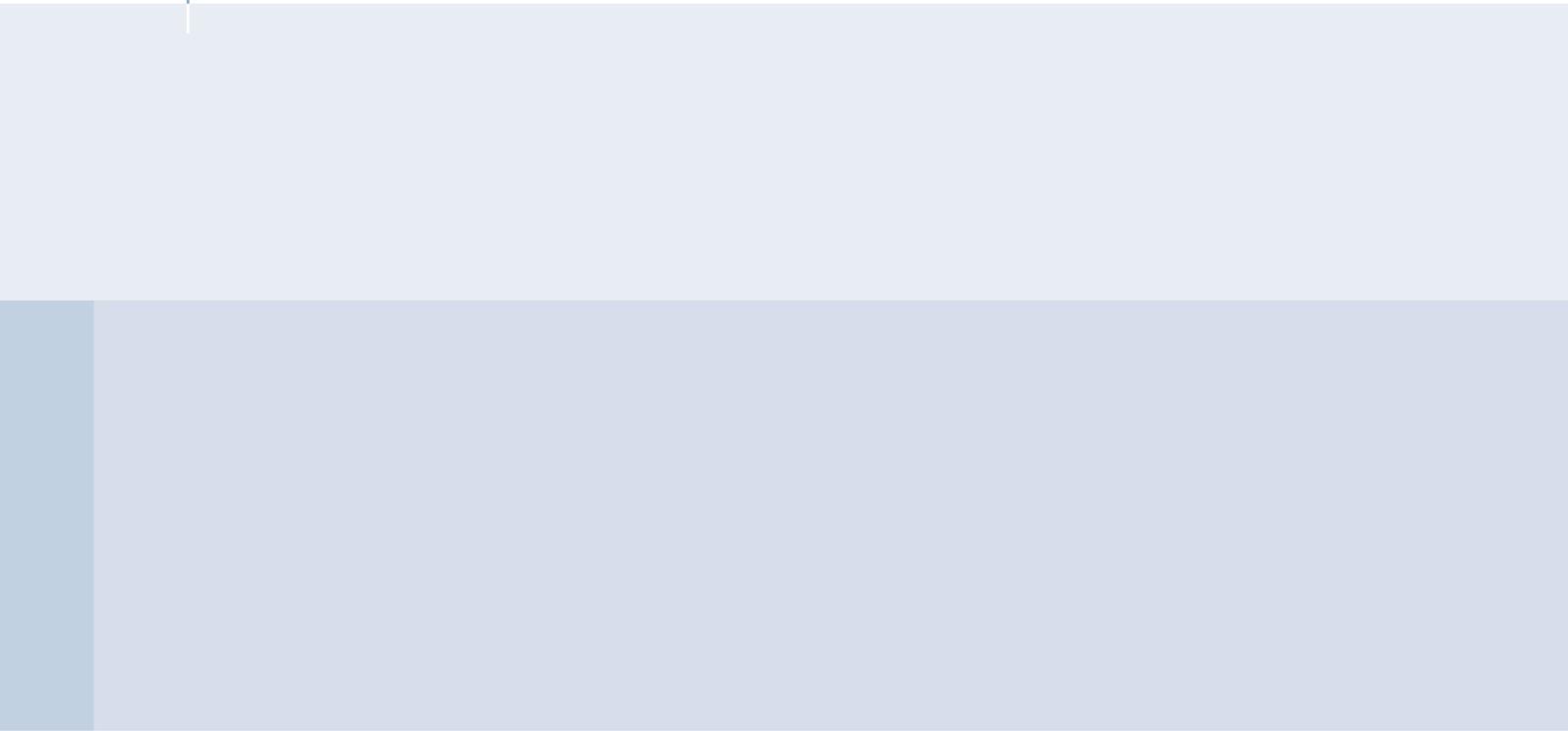


Für die interregionalen Programme stehen insgesamt EU-weit circa 560 Mio. Euro (442 Mio. Euro EFRE) bereit.



Typische Beispiele für im Rahmen der ETZ bzw. von INTERREG geförderte Projekte:

- ▶ Ausbau des Straßen- und Schienennetzes zwischen deutschen und angrenzenden Regionen
- ▶ (Wieder-)Eröffnung von Grenzübergängen
- ▶ grenzübergreifender ÖPNV
- ▶ grenzübergreifende Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, z. B. Müllentsorgung, Wasseraufbereitung, Katastrophenschutz usw.
- ▶ Zusammenarbeit von Unternehmen beiderseits einer Grenze
- ▶ Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitskräfte in einer Region beiderseits einer Grenze
- ▶ Errichtung gemeinsam nutzbarer Infrastruktur, z. B. Messehallen
- ▶ Entwicklung gemeinsamer touristischer Konzepte für Grenzregionen
- ▶ Errichtung bzw. Förderung von Begegnungsstätten für Bürger beider Seiten einer Grenze
- ▶ Förderung des kulturellen Austausches zwischen Grenzregionen
- ▶ Förderung der Fremdsprachenkenntnisse beiderseits einer Grenze
- ▶ Entwicklung von grenzübergreifenden Naturschutzkonzepten
- ▶ Förderung des Kinder- und Jugendaustausches zwischen Deutschland und seinen Nachbarn
- ▶ Aufbau von Netzwerken zwischen privatrechtlichen KMU-Förderern (Kammern, Unternehmensvereinigungen), öffentlichen Wirtschaftsförderern sowie Bildungseinrichtungen und Hochschulen
- ▶ Erstellen von Konzepten zur Verbesserung des Zugangs zu moderner Informations- und Kommunikationstechnologie für kleine und mittlere Unternehmen
- ▶ Machbarkeitsstudien zur Einrichtung von Fährverbindungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn
- ▶ Zusammenschaltung lokaler regenerativer Energieerzeuger zu konkurrenzfähigen Netzwerken
- ▶ Förderung der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung in benachteiligten Stadtquartieren durch die Entwicklung innovativer Finanzierungsinstrumente
- ▶ Erstellen von Konzepten zum Umgang mit rückläufigen Einwohnerzahlen in schrumpfenden Städten



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.